

**Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung
und Schranken sozialer Emanzipation
entwickelt anhand der Rätediskussion und der
Rationalisierungsdebatte der 20er Jahre**

I. Fragestellung

Die Arbeit an dem Artikel war unter einer beschränkten Thematik begonnen worden. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit kapitalistischer Rationalisierung sollten mit der gewerkschaftlichen Rationalisierungsdiskussion der Weimarer Republik verglichen werden. Diese Thematik erschien unter folgenden Fragen wichtig: Die jetzige Krise, die erstmals wieder seit der kapitalistischen Rekonstruktion nach dem 2. Weltkrieg in der BRD die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen kapitalistischen Wachstums zum Gegenstand sozialer Konflikte macht, findet auf einer weitaus entwickelteren Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung und unter anderen historischen Bedingungen statt, als die Krise der 30er Jahre. Wie reflektieren sich die stattgefundenen Veränderungen in Inhalt und Form der Auseinandersetzung mit kapitalistischer Rationalisierung? Lassen sich Aussagen darüber machen, ob der Kapitalismus die materiellen Bedingungen einer neuen, auf sozialer Emanzipation beruhenden Produktionsform schärfer herausgearbeitet hat? Wieweit ist die Arbeiterbewegung in der Lage, diese neuen Momente in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kapital herauszuarbeiten? Wie stellt sie sich soziale Emanzipation auf einem jeweiligen Stand der Vergesellschaftung und der Entfaltung der Produktivkräfte vor?

Diese Fragen drängten sich beim ersten Vergleich der Rationalisierungsdiskussion auf. Die spezifische Organisation der Arbeit im kapitalistischen Industriebetrieb, der Grad der Arbeitsteilung, der Entwicklung bornierter Tätigkeiten, der hierarchischen Gliederung des Betriebes wird – wie noch zu zeigen sein wird – einmal abgesehen von Problemen der Arbeitsintensivierung, in der Weimarer Republik als naturnotwendige Gestalt des Produktionsprozesses angesehen. Die Debatte über Fragen der Qualifikation, welche seit dem Ende der 60er Jahre eine eminent wichtige Rolle in der sozialen Bewegung spielt, existiert in der Weimarer Republik nicht oder nur in äußerst eingeschränkter Form. Während sowohl sozialdemokratischer als auch kommunistischer Flügel der Arbeiterbewegung heute diese Probleme umfangreich – wenn auch unterschiedlich – diskutieren und zum Gegenstand politischer Praxis machen (man denke an die Rolle der Bildungsreformpolitik der SPD oder an die Tarifvertragspolitik der italienischen Metallarbeitergewerkschaft), habe ich dergleichen in der vorliegenden Literatur zur Rationalisierungsfrage in der Weimarer Republik bisher nicht gefunden. Das gleiche gilt für die Debatte um die „Humanisierung der Arbeit“. Wie wird aber Sozialismus gedacht, wenn die Degradierung im Produktions-

prozeß, die Hierarchisierung zwischen den Individuen durch die spezifische Form der Arbeitsteilung und Herrschaft im Industriebetrieb nicht angetastet wird? Welche Vorstellung vom ‚gesellschaftlichen Individuum‘ wird überhaupt entwickelt und welche Beziehungen bestehen zwischen der Vorstellung von Vergesellschaftung in den Organisationen der Arbeiterbewegung und den Vorstellungen von Vergesellschaftung im Produktions- und Reproduktionsprozeß? Gibt es hier Beziehungen?

Dieser Fragenkomplex kann hier natürlich nicht annähernd behandelt werden. Doch erscheinen unter diesen Fragen bestimmte Entwicklungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung zunächst in einem neuen Licht (1). Und der vorliegende Artikel leistet nicht mehr, als dies an einigen Punkten aufzuzeigen, und schafft dies, entgegen dem ursprünglichen Konzept, auch nur zeitlich beschränkt, von der Rätediskussion bis zur Rationalisierungsdebatte in der Weimarer Republik. Dabei habe ich keine ‚objektiven‘ Daten über den jeweils gegebenen historischen Stand der Vergesellschaftung und der kapitalistischen Rationalisierung geliefert, und dem kann entgegengehalten werden, daß eine solche Methode einer materialistischen Vorgehensweise widerspreche. Die Grenzen dieser Arbeitsweise zugestanden, möchte ich doch die These vertreten, daß die praktischen Ziele und die jeweils entwickelten auf politische Praxis gerichteten Theorien der Arbeiterbewegung bzw. ihrer verschiedenen politischen Richtungen durchaus Aufschluß darüber geben, wieweit die kapitalistische Gesellschaftsformation die Summe ihrer Widersprüche, die materiellen Voraussetzungen ihrer sozialistischen Transformation produziert hat.

Gerade die historisch vergleichende Analyse müßte dann herausfinden können, was zu gegebenen Epochen der kapitalistischen Entwicklung historisch möglich ist, was nicht, und zwar nicht allein auf der Basis eines Vergleichs der materiellen Entwicklung, gefaßt in Daten der Sozialstruktur, des Grads der Rationalisierung etc., sondern auch im Bewußtsein der Arbeiterbewegung. Untersuchungen, welche das Ziel der sozialen Emanzipation im Auge behalten, können nicht einfach moralisch das Verfehlen dieses Ziels vermerken, sie müssen sich auch dem Versuch unterziehen, jeweils gegebene objektive *Schranken* in der Herausarbeitung der Vorstellung vom sozialistischen Endziel festzumachen, um damit andererseits die *Möglichkeiten* des historischen Lernprozesses im Kontext und im Zusammenhang der Entfaltung der kapitalistischen Gesellschaftsformation aufzeigen zu können. Und hier ist noch viel Arbeit zu leisten.

II. „Die Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch“ findet „zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschindividuen und ganzer Menschenklassen“ statt. (Marx) (2)

Zur Begründung und Präzisierung der Fragestellung scheint es sinnvoll, kurz an den

- 1 Probleme der Rätediskussion, die Entstehung der Mitbestimmungsvorstellungen der Sozialdemokratie und die Rationalisierungsdebatte in der Weimarer Republik sollen unter den genannten Fragestellungen schergewichtig diskutiert werden.
- 2 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. 2, MEW 26.2, S. 111

Stand der Rekonstruktion der Marxschen Theorie innerhalb der gegenwärtigen Diskussion zu erinnern.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Aneignung der „Kritik der politischen Ökonomie“ bildete die Kritik der – auch in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften verankerten – bürgerlichen Konjunktur- und Wachstumstheorie sowie der sozialdemokratischen Staatstheorie auf der Basis der Analyse der Kapitalakkumulation als Prozeß der Wert- und Mehrwertproduktion in der Bundesrepublik. Es ging dabei unter anderem darum, das Wirken des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate in der empirischen Bewegung des bundesdeutschen Kapitals aufzuweisen. Gezeigt wurde die Notwendigkeit der Krise als Prozeß des Sinkens der Profitrate, für die Masse der Lohnabhängigen sich darstellend als Arbeitslosigkeit, Arbeitsintensivierung und Lohnsenkung. Es ging zugleich darum, in der Erfahrung der Lohnabhängigen von der damit gegebenen Verschlechterung ihrer Situation die ersten Bedingungen der Auflösung illusorischer Bewußtseinsformen aufzuzeigen. In einer Phase der Reformeuphorie und des Glaubens an die Ewigkeit kapitalistischer Verhältnisse hatten diese Untersuchungen den politischen Sinn, die *Grenzen* der kapitalistischen Produktionsweise auch unter den heutigen Bedingungen aufzuzeigen, und sie bilden gegenwärtig die wissenschaftliche Basis für das Verständnis der sich entwickelnden Krise. Vom Standpunkt der Intelligenz stellte sich zunächst die *Kritik* der Ideologien, die mit der Prosperitätsphase verknüpft waren, als Hauptaufgabe dar. Doch diese Ideologien werden heute zunehmend durch die praktische und sichtbare Entwicklung selbst kritisiert und damit erweitern sich gleichzeitig die Aufgaben, die sich der sozialistischen Theoriebildung stellen; u.a. müssen in der praktischen Bewegung der gesellschaftlichen Widersprüche die Elemente herausgearbeitet werden, die auf historische Möglichkeiten neuer Formen der Vergesellschaftung verweisen.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die klassische begriffliche Fassung der Prozesse, die im tendenziellen Fall der Profitrate ihren Ausdruck für das Kapital finden: „Nach der einen Seite ruft es (das Kapital) also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur, die der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit.“ (Produktion des relativen Mehrwerts) „Nach der anderen Seite will es diese so geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffenen Wert als Wert zu erhalten. Die Produktivkräfte und gesellschaftlichen Beziehungen – beides verschiedene Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums – erscheinen dem Kapital nur als Mittel und sind für es nur Mittel, um von seiner bornierten Grundlage aus zu produzieren. In fact aber sind sie die materiellen Bedingungen, um sie in die Luft zu sprengen.“ (3) Die Wiederholung der Krise auf höherer Stufenleiter muß sich also gleichzeitig im veränderten Charakter der Produktivkräfte und damit im jeweiligen Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen, im besonderen Charakter der Klassenkonflikte ausdrücken. Was ist neu gegenüber der Weimarer Republik?

3 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 593/94

Zu fragen ist weiterhin, bezogen auf die gegenwärtigen Diskussionen, ob eine stärkere Berücksichtigung des Aspekts der materiellen Möglichkeiten sozialer Emanzipation nicht auch weitere Aufschlüsse über die Grundlagen des Reformismus in der Arbeiterbewegung liefert. Die Frage nach den Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise im Bewußtsein der Produzenten ist in der Marx-Rezeption seit der Studentenbewegung mit Sorgfalt angegangen worden. Die in der Form der Vergesellschaftung angelegten Mystifikationen wurden herausgearbeitet und es wurde gezeigt, daß lange Prosperitätsphasen die materielle Grundlage für die Beherrschung des Bewußtseins der Lohnabhängigen durch diese Mystifikationen abgeben, daß zum anderen unterschiedliche Teile der Lohnabhängigen (Industrielle Arbeiter, Staatsangestellte, Angestellte in der Industrie) in unterschiedlicher Weise in der Lage sind, die Vernebelungen der gesellschaftlichen Verhältnisse aufgrund erfahrener Widersprüche aufzubrechen (4). Doch bleiben Probleme übrig. *Allein* aus dem Auf und Ab von Krise und Prosperität lassen sich schwer die *historischen* Auflösungsbedingungen des falschen Bewußtseins herleiten. Denn Krisen und Prosperität wiederholen sich. Wo bleibt da der historische Entwicklungsprozeß? (5) Und noch eine andere Frage: Allein die Desillusionierung des falschen Bewußtseins führt – und das wird seit der Krise 74/75 klar und deutlich – nicht unvermittelt zur Entwicklung von Klassenbewußtsein. Klassenbewußtsein ist nicht einfach Negation falscher Bewußtseinsformen, Entlarvung des wahren Charakters der kapitalistischen Verhältnisse. Sondern Klassenbewußtsein kann sich als produktive Kraft der Geschichtsveränderung im Zusammenhang der Organisation der Arbeiterbewegung nur in dem Maße entwickeln, wie das alternative Ziel sozialistischer Transformation als Möglichkeit konkret angesichts der bestehenden Verhältnisse entwickelt wird, die Arbeiterklasse sich als mögliches tätiges Subjekt einer neuen Form der Vergesellschaftung zu begreifen in der Lage ist. Kapitalistisch formbestimmt ist aber nicht nur die Konkurrenz als Form der Koordination der arbeitsteilig produzierenden Betriebe, alternativ gedacht werden kann demnach nicht nur gesellschaftliche Planung anstelle des Marktes, sondern: kapitalistisch formbestimmt ist auch der konkrete Charakter des Produktionsprozesses. Entmystifizierung der kapitalistischen Formen heißt auch Entmystifizierung der Formen der Entwicklung von Technologie und Arbeitsorganisa-

4 Vgl. dazu u.a. die Staatdiskussion in der Prokla, Teile der Gewerkschaftsdiskussion, die Analysen des Projekts Klassenanalyse.

5 Die aus dem widersprüchlichen Verhältnis von Produktion und Zirkulation, dem Auf und Ab von Krise und Prosperität, von liberalen und weniger liberalen Phasen der kapitalistischen Entwicklung hergeleiteten Momente der Aufbrechung der Mystifikationen verweisen in den Analysen des Projekts Klassenanalyse wesentlich auf Prozesse der Desillusionierung und der Organisation. Die möglichen Bruchpunkte der Auflösung der widersprüchlich bestimmten Formen des Bewußtseins der Lohnarbeiter auf die Konzeption einer neuen Zukunft hin, die Momente der positiven Negation der bürgerlichen Gesellschaft werden, gerade weil auch wesentlich immer auf der Ebene des Zirkulationsprozesses argumentiert wird, nicht angegeben. Vgl. dazu: Autorenkollektiv, Marxistische Gewerkschaftstheorie, Westberlin 1976. Geschichte erscheint hier wesentlich als Geschichte der Entwicklung der Arbeiterorganisationen, der Entwicklung von Gewerkschaften und Parteien, ohne daß noch ein konkreter Bezug zum sich entwickelnden gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionszusammenhang gefunden würde.

tion als spezifisch kapitalistischer, heißt: den historischen Charakter dieser Formen zu begreifen. Hier sei die These vertreten, daß die Mystifikationen kapitalistischer Technologie und Arbeitsorganisation zu Naturformen der Produktivkraftentwicklung auch im Stand der Naturbeherrschung selbst noch verankert sind. „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter und planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind“ (6). Auch die mystifizierenden Nebelformen der Religion basierten schließlich in der Tatsache, daß die Menschen in der Praxis der Produktion und Reproduktion ihres Lebens noch in den Naturverhältnissen verfangen waren. Und dies gilt auch für die Form des Werts. „Die politische Ökonomie ... hat niemals auch nur die Frage gestellt ... warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt? ... Formeln, denen es auf der Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß den Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert ...“ (7) Das heißt natürlich nicht, daß es einen ökonomischen Automatismus der Auflösung der Mystifikationen mit der Produktivkraftentwicklung gibt. Gerade die Entwicklung in der BRD zeigt eine bis dahin historisch noch nicht gekannte Verschleierung der kapitalistischen Verhältnisse. Ohne Klassenkämpfe kann es auch kein Klassenbewußtsein geben. Diese Selbstverständlichkeit eingerechnet, ist für die Analyse der Phase nach dem ersten Weltkrieg ebenso wie für die gegenwärtige herauszufinden, wieweit die soziale Bewegung die Möglichkeit formuliert, bzw. nicht formuliert den gesellschaftlichen Reichtum nicht mehr an der in ihr inkorporierten Arbeitszeit zu messen, wieweit sie gesellschaftlichen Reichtum nicht nur als quantitatives Wachstum der Produktion, sondern ebenso als Entfaltung der gesellschaftlichen Beziehungen und Fähigkeiten des Individuums zu fassen beginnt, und zwar nicht nur als politische Fähigkeiten, sondern als Fähigkeiten in der Produktion und Reproduktion des täglichen Lebens.

6 Karl Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 94

7 ebda., S. 94/95. erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Bemerkung von Marx in den Grundrissen, wo er versucht, begrifflich zu fassen, was unter sozialistischer Zielsetzung, bezogen auf den einzelnen, zu verstehen sei: „Daß übrigens die unmittelbare Arbeitszeit selbst nicht in dem abstrakten Gegensatz zu der freien Zeit bleiben kann ... versteht sich von selbst. ... Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt und als dies andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß. Es ist dieser zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalforschung, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordenen Menschen, in dessen Kopf das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert. Für beide, soweit die Arbeit praktisches Handanlegen erfordert und freie Bewegung, wie in der Agrikultur zugleich Exercise.“ (Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 599/600)

Macht man den Versuch, die Kapitel über die relative Mehrwertproduktion im ersten Band des ‚Kapitals‘ unter dem Gesichtspunkt aufzuschlüsseln, was an dem dargestellten konkreten Entwicklungsprozeß der gesellschaftlichen Produktivkräfte spezifisch kapitalistische Formbestimmung, was andererseits quasi technische Naturnotwendigkeit in einem historischen Prozeß der Entfaltung des gesellschaftlichen Reichtums ist, so stößt man auf Schwierigkeiten. Dargestellt wird u.a. die Entfaltung der Produktivkräfte auf Kosten des Individuums, verbunden also mit Verkrüppelung und Degradierung des Arbeiters im Arbeitsprozeß. Es wird auch klar, daß die kapitalistische Form eine diesem Prozeß angemessene gesellschaftliche Form ist. Schwer wird es, sich demgegenüber eine alternative Form der Entwicklung des Reichtums vorzustellen. Kapitalistische und technisch-arbeitsorganisatorische Form lassen sich kaum in der Weise auseinanderdividieren, daß – das Ziel schneller Produktivkraftentwicklung einmal vorausgesetzt – umfassend andere, menschlichere, das bedürftige Individuum klar in Rechnung stellende Methoden gedacht werden könnten. Innerhalb der kapitalistischen Form werden die Bedingungen der Beherrschung der äußeren und der eigenen arbeitenden Menschennatur angeeignet. Dies ist ihr historischer Inhalt: die Produktion durch Naturbeherrschung unabhängig zu machen von der unmittelbaren Arbeit, der Arbeitszeit, dem Menschen als bloß physischem, mechanischem Träger von Arbeitskraft. Daß Marx diese kapitalistische Form der Vergesellschaftung dem Inhalt, nämlich einer bestimmten historischen Entwicklungsphase der Produktion, als adäquat betrachtet hat, wird auch an folgender Bemerkung deutlich: „Diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschklassen macht, (durchbricht) schließlich diesen Antagonismus“ und fällt „mit der Entwicklung des einzelnen Individuums“ zusammen. Die „höhere Entwicklung der Individualität (wird) nur durch einen historischen Prozeß erkaufte.“ (8) Natürlich kann diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch auch in anderen Gesellschaftsformationen stattfinden, man denke nur an die Industrialisierung in der UdSSR oder man denke an die alternativen Versuche in China. Trotzdem ist bisher der historische Beweis ausgeblieben, daß diese Entwicklung ohne die von Marx genannten Kosten vonstatten gehen könne. Allenfalls ging es um das Mehr oder Weniger an Kosten und um die Art der Kosten. Anders gesagt: Das Ziel der sozialistischen Transformation, die höhere Entwicklung der Individualität, die Versöhnung zwischen der Entwicklung der Gattung Mensch und der Entwicklung der Individuen, die Aufhebung spezifischer Formen von Klassenspaltung steht nicht zu jedem historischen Zeitpunkt auf der Tagesordnung, ist andererseits aber auch nicht einfach als soziale Utopie zu denunzieren. Zu einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung der Produktivkräfte kann sie zum Gegenstand der Klassenkämpfe werden und das muß sich in den Inhalten der Klassenauseinandersetzungen und in den Zielen ausdrücken. Auf welche Grenzen stieß also die klassische Arbeiterbewegung der revolutionären Epoche nach dem 1. Weltkrieg in der Entfaltung dieses Ziels? Auf welche Grenzen stößt sie heute?

8 Vgl. Anmerkung 2

III. Rationalisierungsabwehr vom Standpunkt des handwerklichen Facharbeiters?

Harry Bravermann, der sein Buch „Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß“ ausdrücklich als den Versuch definiert, die von Marx im ersten Band des ‚Kapital‘ unter dem Begriff der relativen Mehrwertproduktion beschriebene Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte unter dem Kapitalismus für das 20. Jahrhundert weiterzuschreiben, macht in Bezug auf die Reflexion dieser Geschichte in der Arbeiterbewegung eine Beobachtung. Er schreibt: „Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse, eingeschüchtert durch das Ausmaß und die Komplexität der kapitalistischen Produktion und in ihrem ursprünglichen revolutionären Antrieb geschwächt durch die Vorteile, die der rasche Produktivitätsanstieg ihnen gebracht hatte, verlor in zunehmendem Maße den Willen und den Ehrgeiz, den Kapitalisten die Kontrolle der Produktion aus den Händen zu ringen ... Die Arbeitsphilosophie des Marxismus ... konzentrierte sich zunehmend nicht auf die eigentliche innere Natur des Kapitalismus und die Stellung des Arbeiters darin, sondern auf seine verschiedenen konjunkturellen Auswirkungen und Krisen. Insbesondere wich die Kritik an der Produktionsweise der Kritik am Kapitalismus als Verteilungsweise.“ Die Marxisten paßten sich „der Auffassung von der modernen Fabrik als einer unvermeidlichen, wenn auch verbesserungsfähigen Form der Organisation des Arbeitsprozesses an.“ (9) Dies gilt nach Bravermann für die sozialdemokratische ebenso wie für die kommunistische Richtung der Arbeiterbewegung (10). Die Entwicklung in den USA vor Augen, beschäftigt sich Bravermann nicht mit der Frage, ob in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung diese Vereinseitigung wieder aufgehoben werde.

Die Entwicklung in den westeuropäischen Gewerkschaften zeigt jedoch eine zunehmende Thematisierung des Problems der kapitalistischen Form der Produktivkraftentwicklung seit dem Ende der 60er Jahre. Da das „Ausmaß und die Komplexität der kapitalistischen Produktion“ heute noch weitaus größer ist als in den 20er Jahren, stellt sich die Frage, wieweit Bravermanns Erklärung zutrifft. Und: Ist die von Bravermann genannte Alternative: Thematisierung der Verteilung, des Zyklus von Konjunktur und Krise auf der einen, Produktionsweise auf der anderen Seite korrekt. Hier sei angemerkt, daß Bravermann in der Tat nur die Seite des Arbeitsprozesses thematisiert, die Vermittlung seiner Entwicklung über Prosperität und Krise demgegenüber unberücksichtigt läßt. Bei Marx sind jedoch beide Seiten in ihrem Zusammenhang als kapitalistischer Krisenkomplex bezeichnet: Das Kapital hat die Tendenz, die Produktivkräfte ins Maßlose zu steigern, während es andererseits die Hauptproduktivkraft, den Menschen selbst, vereinseitigt. Damit vermin-

9 H. Bravermann, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/Main 1977, S. 19/20

10 Vgl. ebda., S. 20. „Von nun an wurde die Revolution gegen den Kapitalismus vorwiegend so aufgefaßt, daß die höchst produktive kapitalistische Maschinerie von gewissen ‚Auswüchsen‘ befreit, die Arbeitsbedingungen verbessert, der Fabrikorganisation eine formale Struktur der Arbeiterkontrolle gegeben und die kapitalistischen Mechanismen der Akkumulation und Verteilung durch sozialistische Planung ersetzt werden müßten.“

dert es aber gleichzeitig die Tauschfähigkeit des Arbeiters (11). Die Verarmung, Vereinseitigung, Degradierung, Verkrüppelung des Arbeiters im Produktionsprozeß ist nur die eine Seite, die andere Seite derselben Medaille ist die mangelnde Konsumtionsfähigkeit: Einheit von Produktion und Zirkulation.

Ursache der Krise demnach die Entwicklung der vergegenständlichten auf Kosten der lebendigen Arbeit, was gleichzeitig heißt: Akkumulation auf Kosten der Konsumtion. In diesem Zusammenhang ist eingeschlossen, daß die Entwicklung des ‚gesellschaftlichen Individuums‘ als Ziel der gesellschaftlichen Transformation auf entwickelter Stufe der Produktivkraftentwicklung bewußte und neue Formen der Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion, Produktivkraftentwicklung und Reproduktion der Individuen umfassen müßte.

Bravermann geht also davon aus, daß die Arbeiterbewegung sich schon einmal in revolutionärer Absicht der Formbestimmung des kapitalistischen Produktionsprozesses und seiner Folgen für den Arbeiter bewußt gewesen sei, daß dieses Bewußtsein aber wieder vergessen worden sei. Diese Frage wird in der gegenwärtigen Diskussion auch andernorts bewußt. So schreibt J.P. Chevènement, einer der wesentlichen Theoretiker des linken Flügels der PSF: Die Reaktion der Arbeiter bei der Einführung des Taylorsystems in Billancourt zeugte von einem „einzigartigen Vorwissen: In einem Artikel von 1913 heißt es: ‚Die Unternehmer wollen das System der Zeitmessung einführen, um die Produktivität zu erhöhen. Das ist nur ihr unmittelbares Ziel. Die Taylormethode erlaubt es ihnen, weiter gesteckte Absichten zu verfolgen. Was sie wollen, das ist die Arbeiter jeglicher Initiative bei ihrer Arbeit berauben. Was sie wollen, ist, ihnen jeglichen Einfluß auf den Gang der Produktion zu entziehen ... Sie gestatten dem Arbeiter das Denken nicht mehr ... Auf diese Weise also hoffen die Unternehmer, das geistige Niveau der Arbeiter herabzudrücken, ihnen die Lust an der Arbeit zu verleiden und sie damit zugleich jedes Ideals zu berauben!‘“ (12). An einem Bruchpunkt der Entwicklung, der Einführung der Arbeitswissenschaften, wird demnach der kapitalistische Charakter der durch diese Wissenschaften vorangetriebenen Produktivkraftentwicklung bewußt, insofern der *Machtgewinn* des Kapitals gegenüber der Arbeit formuliert wird. Die ersten arbeitswissenschaftlichen Schriften – man lese nur Taylor – trugen diesen Klassenkampfcharakter auch noch offen zur Schau (13). Ihr Sinn: Die Befreiung des Kapitals in seiner Expansion von der Schranke, die ihm die Abhängigkeit vom Wissen und Geschick des *einzelnen* Arbeiters setzt. Warum verschwindet nun dieses Bewußtsein nach dem ersten Weltkrieg aus der Gewerkschaftsprogrammatik? Daß es verschwindet, stellt z.B. auch Elisabeth Schalldach fest: Vor dem Krieg sei der Taylorismus von den Gewerkschaften „zum größten Teil als System kapitalistischer Ausbeutung, beruflicher und wirtschaftlicher Herabwürdigung des Arbeiters, als Mittel verstärkter Machtentfaltung des Unternehmers im Betrieb gebrandmarkt“ worden. In der Nachkriegszeit sei ein Umbruch erfolgt. Die Haltung der deutschen Gewerkschaft zum Taylorsystem

11 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 325

12 J. P. Chevènement, Ende der Spaltung? dt. Hamburg 1978

13 Vgl. hierzu in schöner Deutlichkeit u.a. Bravermann, a.a.O., S. 73-99

sei inzwischen passiv. „Von offizieller gewerkschaftlicher Seite finden wir keine grundsätzlichen Stellungnahmen, auch nicht zu einzelnen Methoden, die auf Taylor zurückzuführen sind.“ (14) An anderer Stelle schreibt sie: „Der Veränderung der Tätigkeit der Arbeitenden wird in der ganzen gewerkschaftlichen Literatur wenig Bedeutung beigemessen ... Es tritt eine Verschiebung zwischen den einzelnen Kategorien der Arbeiter ein ... Wir unterscheiden nicht mehr Handwerker im alten Sinne und ungelernete Arbeiter, sondern Maschinenaufseher und noch qualifizierte Spezialarbeiter und eine allerdings gewaltig wachsende Anzahl von nur angelernten oder ungelerten, deren Tätigkeit in der eintönigsten Repetitivarbeit besteht. Dieses Schicksal wird als unabwendbar hingenommen.“ (15) In bezug auf den deutschen Metallarbeiterverband stellt sie fest, dieser zeichne sich durch einen „Radikalismus ... in bezug auf die restlose prinzipielle Bejahung des Fortschrittes durch *technische* Vervollkommnung und Mechanisierung des Produktionsprozesses“ aus. „Reste alter handwerkmäßiger Gesinnung sind hier nicht zu finden, vor allem beeinflussen sie in keiner Weise das rationale Verhältnis zur Arbeit. Ohne jegliche Vorurteile in dieser Hinsicht werden die Dinge angepackt.“ (16)

Diese Charakterisierung ist dahingehend zu relativieren, daß die im Zuge der Rationalisierung dequalifizierten Facharbeiter sicherlich ihr Schicksal ähnlich erfahren wie die Arbeiter vor 1914. Doch wurde diese individuelle Betroffenheit – im Unterschied zu vorher – eben nicht relevant für die von der Mehrheit des Verbandes formulierte Gewerkschaftspolitik und -programm.

14 Elisabeth Schalldach, Rationalisierungsmaßnahmen der Nachinflationszeit im Urteil der deutschen Gewerkschaften, Jena 1930, S. 36. Vgl. auch A. Hoff, Gewerkschaften und Rationalisierung – die freie gewerkschaftliche Rationalisierungsdebatte 1924 - 1929, unveröffentlichte Diplomarbeit, Berlin 1975, S. 110-130. Die Studie von Schalldach gibt m. E. immer noch einen gründlichen Überblick über die Gewerkschaftsposition zur Rationalisierungsfrage. Weiterhin liegen zum Gegenstand neben der eben genannten Diplomarbeit von A. Hoff eine ebenfalls unveröffentlichte Examensarbeit von W. Wobbe, Das Verhalten der Freien Gewerkschaften (ADGB und DMV) zur Rationalisierung der Arbeit in der Weimarer Republik, TU Hannover 1976, vor. Diese beiden Diplomarbeiten vertiefen zwar die Analyse an Detailpunkten des Problemkomplexes durch Ausbreitung und Diskussion vor allem des Zeitschriftenmaterials – die Untersuchung von A. Hoff versucht auch den Prozeß der Rationalisierung selbst in Daten zu fassen – geben aber nicht einen vergleichbar umfassenden Überblick wie die Darstellung von Schalldach. Wobbe vertieft die Analyse vor allem hinsichtlich des DMV. Hoff präzisiert die Kritikpunkte an der Rationalisierungsdiskussion vom Standpunkt der Marxschen Theorie. Weiterhin liegt die Textsammlung mit Vorwort von Hinrichs/Peter, Industrieller Friede? Köln 1976 vor. In ihr findet sich wesentlich Dokumentenmaterial zur Diskussion der Rationalisierung in der KPD, der SPD und dem ADGB sowie arbeitswissenschaftliche Texte aus der Weimarer Republik. Zu verweisen ist auch noch auf die Untersuchung von E. C. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920 - 1928, Frankfurt/Main 1977. Der Schwerpunkt dieser Analyse liegt auf dem Untertitel.

An dieser Stelle möchte ich auch Eckart Hildebrand dafür danken, daß er mir seine gesammelten Materialien zur Rationalisierungsdiskussion in der Weimarer Republik zur Verfügung gestellt hat, ohne die es mir schwer gewesen wäre, überhaupt einen Überblick über die Diskussion zu erhalten.

15 Ebda., S. 60

16 Ebda., S. 137

Die Beobachtungen zusammengenommen bieten einen ersten Hinweis für die Beantwortung der Frage, wieso die kapitalistische Formbestimmung der Arbeit in den 20er Jahren anders gesehen und der kapitalistische Produktionsprozeß zur Naturgestalt der Produktivkraftentwicklung mystifiziert wird – „dieses *Schicksal* (Unterstreichung Ch.N.) wird als unabwendbar hingenommen“ – welche über die These Bravermanns von der zunehmenden Komplexität des Produktionsprozesses als Ursache hinausgeht. Scheint es doch wesentlich der Bruch zwischen noch handwerklich geprägter Fabrikarbeit zur entwickelten ‚reellen Subsumption‘ der Arbeit unter das Kapital mit u.a. Hilfe der neuen Arbeitswissenschaften gewesen zu sein, welche den Protest der Arbeiterbewegung zunächst hervorrief. Diese ‚handwerksmäßige Gesinnung‘ bildete aber gleichzeitig die Basis noch bornierten Bewußtseins und damit auch bornierter Organisation in Berufsgewerkschaften. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter gegenüber dem Kapital basierte in diesen Organisationen auf ihrer *speziellen* Qualifikation als Individuen und deren monopolistischer Zusammenfassung auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Selbstbewußtsein grenzten sich die unterschiedlichen Berufsklassen gleichzeitig gegeneinander und gegen die ungelernten Hilfsarbeiter ab.

Die Bestätigung und Entwicklung der individuellen Fähigkeit ist aber – z.B. bei den französischen Arbeitern, die sich darüber beklagen, daß „ihnen die Lust an der Arbeit“ verleidet wird und sie „damit zugleich jedes Ideals beraubt“ werden – nicht nur ein Mittel zum Gelderwerb. Sie ist auch Quelle der „Arbeitsfreude“ des handwerklichen Arbeiters, der sich auf sein Produkt als Resultat *individueller* und nicht etwa vergesellschafteter Tätigkeit bezieht. Bezogen auf das Verhältnis des Arbeiters zum Produktionsprozeß ist es der Entzug dieser auf individuellem, d.h. noch nicht durch Wissenschaft vergesellschaftetem Wissen beruhenden Einheit von Hand- und Kopfarbeit und der daraus resultierenden Arbeitsbefriedigung, gegen den sich der frühe Protest gegen den Taylorismus richtet, abgesehen vom Protest gegen die Intensivierung der Arbeit. So gibt auch Elisabeth Schalldach ihrer Abhandlung über den Taylorismus die Überschrift: „Die Rationalisierung der *individuellen Arbeit*“ (17).

Diese Rationalisierung der individuellen Arbeit wird auch von kommunistischer Seite als eine Bedingung der Entfaltung von Klassenbewußtsein im Unterschied zu einem auf handwerklicher Arbeit beruhenden bornierten Berufsbewußtsein gesehen. So schreibt z.B. M. Rubinstein, der von Hinrichs/Peter als differenziertester Vertreter der kommunistischen Position zur Rationalisierung vorgestellt wird, nach einer Analyse der Fließbandproduktion: „Schon allein diese Organisation der Verteilung der Maschinen und Arbeiter ist von gewaltiger Bedeutung für die Veränderung der gegenseitigen Beziehungen unter den Arbeitenden. Welches auch ihre persönliche Arbeit sein möge, wie sehr auch jeder von ihnen an seine Stelle und an eintönige sich stets wiederholende Bewegung gebunden sei, so sind die Arbeiter doch nicht in einer Werkstatt bei gleichartigen Arbeiten zusammengeschlossen. Sie sehen um sich herum einen mehr oder weniger vollendeten Teil des Produktionsprozesses. Trotz der aufs äußerste gestiegenen Spezialisierung der individuellen Arbeit kollektiviert

sich für jeden augenscheinlich die Arbeit, und dies trägt neben den Veränderungen der Zusammensetzung der Arbeiterschaft zur endgültigen Überwindung der handwerkszünftlerischen Gewohnheiten, Traditionen und Vorurteile bei.“ (18) Die Arbeit ‚kollektiviert‘ sich, worin nach Rubinstein wohl auch eingeschlossen ist, daß der Arbeiter sein potentiell Selbstbewußtsein nicht mehr aus seiner individuellen Qualifikation, sondern aus seiner Tätigkeit als Glied eines kollektiven Arbeitsprozesses, als kollektiver Produzent bezieht. Gerade die KPD sah ja auch die Bedingungen für die Auflösung der alten Berufsgewerkschaften und ihre Ersetzung durch Industriegewerkschaften, in denen alle Arbeiter und Angestellte eines Betriebes sich organisieren, geben und propagierte sie gegenüber dem ADGB. E. C. Schöck verweist in ihrer Studie über die kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik auf die „Bedingungen für die Aufhebung des ‚berufsbornierten Denkens‘ der Arbeiter“ durch die Rationalisierung. Damit seien Bedingungen für eine größere Einheit der Arbeiterschaft hergestellt worden (19). In stärkerem Maße wurden von der kommunistischen Partei allerdings auf die konkurrenzfördernden und solidaritätszerstörenden Wirkungen der Rationalisierung verwiesen (20). Die Aufhetzung der Arbeitergruppen gegeneinander durch die neuen Lohnfindungssysteme, die technisch und arbeitsorganisatorisch vermittelte Aufhebung der Kommunikationsbeziehungen während des Arbeitsprozesses, die Isolierung der kommunistischen Kader, die mangelnde Zeit für Agitation und Propaganda galten als Folgewirkungen, die insgesamt auf eine Schwächung der Position der Arbeiter gegenüber dem Kapital im Zusammenhang der Rationalisierung verwiesen (21). Die Einschätzungen hinsichtlich der „kollektivierenden“ Wirkungen des modernen Arbeitsprozesses durch die Kommunisten sind demnach zwiespältig, was im Gegenstand der Einschätzung selbst begründet liegt (22).

-
- 18 M. Rubinstein, Die kapitalistische Rationalisierung, 1929, dokumentiert in: Hinrichs/Peter, a.a.O., S. 294
- 19 Vgl. Marx, der diesen Prozeß der Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses in folgender Weise kennzeichnet: Die Kombination der gesellschaftlichen Tätigkeit erscheint als der Produzent. Vgl. Grundrisse, S. 597
- 20 E. C. Schöck, a.a.O., S. 169. An dieser Stelle wäre allerdings eine gründlichere Untersuchung zur Stellung der KPD hinsichtlich der Dequalifizierung der alten Facharbeiter notwendig. Bei Hinrichs/Peter findet sich zu dieser Frage wenig. Bei David, Bankrott des Reformismus, Berlin o.J., Reprint Erlangen 1970, finden sich, soweit ich sehe, nur zwei Bemerkungen: Gegen Braunthal, der durch Existenz von Teilarbeitsmärkten qualifizierter Arbeitergruppen die Konkurrenz abgeschwächt sieht, wendet David ein, die Entqualifizierung im Gefolge der Rationalisierung hebe diese Teilarbeitsmärkte auf (vgl. S. 80). An anderer Stelle geht David davon aus, daß Arbeiter-Aristokratie heute nicht mehr die qualifizierten Arbeiter, sondern – im Gefolge der Rationalisierung – die zu Unternehmerloyalität bestochenen Arbeiter seien. Durch Abbau der übertariflichen Zahlung in der Krise werde dieser Arbeiter-Aristokratie und damit dem Reformismus der Boden entzogen.
- 21 Vgl. Hinrichs/Peter, S. 82, sowie die dort dokumentierten Texte der KP.
- 22 Im Unterschied zu der skizzierten Position der Arbeiterbewegung der 20er Jahre dient die Figur des Facharbeiters in der Industriesoziologie bis hin zur Kern/Schumann-Studie als Maßstab nicht entfremdeter Arbeit. Kennzeichnend für die industriesoziologische Literatur ist, daß ‚Entfremdung‘ als Resultat

IV. Die Konzeption der Arbeiterklasse als produktiver Klasse in der Rätebewegung

Zwischen der Vor- und Nachkriegsphase liegt ein Prozeß von – teils revolutionären – Rätebewegungen in Europa, welcher u.a. durch die Negation der alten Gewerkschaftsform – der Berufsgewerkschaften – sowie durch die Kritik der existierenden politischen Parteien gekennzeichnet ist. Der Nachvollzug der Rätediskussion erscheint an dieser Stelle sinnvoll, weil er u.a. darüber Aufschluß zu geben vermag, wieso der Facharbeiter – vermittelt auch über die politische Bewegung – als Widerstandsfaktor gegen Rationalisierung in der Folgezeit nicht mehr erscheint. In der Rätebewegung ist die durch Arbeit und Produktionsbedingungen zusammengefaßte Belegschaft Ausgangspunkt der Organisierung, wobei dieser Organisierungsprozeß gleichzeitig die Basis neuer Bewußtseinsmomente des Proletariats bildete. In ihr muß sich exemplarisch klar die Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise und die Konzeption alternativer Vergesellschaftung formulieren, die zu diesem Zeitpunkt überhaupt möglich war. Diese Annahme geht davon aus, daß Epochen tiefgreifender revolutionärer Prozesse, auch wenn sie nicht zum Ziel kommen, das Denken der Massen und die Phantasie der Arbeiter und der in diesen Prozeß eingeschlossenen

tat technologischer Entwicklungsprozesse unabhängig von deren gesellschaftlicher Formbestimmung definiert wird. Wenigstens bis zum Ende der 60er Jahre. Man läßt die Entfremdung mit der Auflösung der alten handwerklichen Arbeitsformen beginnen; die berühmte U-Kurve von Blauner, nach der die Entfremdung und damit auch der Klassengegensatz mit der Aufhebung der handwerklichen Arbeit begann und mit zunehmender Technisierung wieder rückgängig gemacht werden soll – eine der Grundlagen für die Theorie der nivellierten Mittelstandsgesellschaft – ist dafür ein klassisches Beispiel. Noch die Kern-Schumann-Studie behält diese Formulierung des ‚Entfremdungsproblems‘ bei. „Die repetitive Teilarbeit ist sich selbst genügende restriktive und in ihren sozialen Bezügen verkümmerte Arbeit – sie unterwirft den Arbeiter dem Diktat eines fremden Willens; hindert ihn an der Ausbildung und Entfaltung von Kenntnissen und manuellen Fertigkeiten; bindet ihn an einen Arbeitsprozeß, der seine physischen und psychischen Reserven aufzehrt, ersetzt lebendige Kooperation durch soziale Isolierung. Die arbeitsbezogene Analyse, die diese Studie anstrebt, versucht zu erfassen, inwieweit diese einschränkenden Bedingungen der Arbeitssituation im Zuge des technischen Wandels intensiviert bzw. reduziert werden.“ (Kern/Schumann, *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Teil 1, Frankfurt/Main 1970, S. 66/67). So sind auch die Begriffe der ‚Dispositionschancen‘, der ‚Autonomie‘ – nach Kern/Schumann wesentlich Begriffe, an denen der Entfremdungsgrad gemessen werden kann – der individuellen Arbeit zugerechnet. „Der Arbeiter verfügt über Dispositionschancen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben ist, den Ablauf seiner Arbeit eigenständig zu planen und auszuführen.“ (ebda., S. 66)

In diesem Zusammenhang sei nur daran erinnert, daß die Intensität, mit der gegenwärtig in der IG Druck und Papier – im Vergleich zu anderen Gewerkschaften – das Problem der Rationalisierung formuliert wird, nach wie vor ihren Ursprung in dem Angriff des Kapitals auf eine Facharbeiter-Kategorie der alten Art hat, Arbeiter also, die als einzelne ihren Arbeitsprozeß überblicken, und die täglich das Produkt ihrer Arbeit als Produkt qualifizierter Einzelarbeit vor sich haben. Eine solche Widerstandsposition ließ sich aber – dies zunächst die These – auf dem damaligen Entwicklungsstand der Vergesellschaftung nicht zur umfassenden Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise mit der Perspektive sozialer Emanzipation ausbauen und wurde deshalb verlassen. Welche Impulse aus der Erfahrung dieses Bruchpunktes für die Auseinandersetzung mit kapitalistischer Rationalisierung sich heute ergeben, kann hier nicht diskutiert werden.

Theoretiker aufschließen für das, was unter den gegebenen materiellen Bedingungen des Grads der Naturbeherrschung an Veränderung möglich ist, oder gar darüber hinausgehen. Alte verkrustete Organisations- und Bewußtseinsformen werden hier auf jeden Fall aufgebrochen. Hier müssen sich auch Aufschlüsse darüber finden lassen, warum in der Folgezeit der kapitalistische Produktionsprozeß zunehmend zur Naturgestalt mystifiziert wird. Die Schranken der Rätediskussion bei der Entwicklung einer Vorstellung von sozialer Emanzipation finden sich dann auch in der Auseinandersetzung um die Rationalisierung in der Weimarer Republik wieder.

Gerade in Italien, wo die kapitalistische Produktionsweise außerordentlich ungleichmäßig entwickelt war, finden die Turiner Räte, die Räte des entwickeltsten industriellen Zentrums, die auch im Unterschied zu Deutschland die Produktion zeitweise übernahmen, bei Gramsci eine außerordentlich klare Formulierung ihres Organisationsprinzips und der mit diesem Prinzip damals verbundenen Konzeption sozialistischer Vergesellschaftung. Gramsci kennzeichnet ein geradezu emphatisches Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Produktivkraftentwicklung überhaupt. Der einzelne Arbeiter ist nach ihm „ein Rad in der Maschine der Arbeitsteilung“ (23). Die Fabrik ist „die Form, in der sich die Arbeiterklasse als determinierter, organischer Körper konstituiert.“ (24) „Alle Arbeiter einer Fabrik bilden einen geschichtlich notwendigen und absolut unteilbaren Organismus“ (25). „In der Fabrik wird die Arbeiterklasse zu einem bestimmten Produktionsinstrument“ (26). „Der Arbeiter kann sich nur dann als Produzent begreifen, wenn er sich als untrennbaren Teil eines gesamten Arbeitssystems sieht, das sich in dem Arbeitsprodukt niederschlägt. Er kann sich nur dann als Produzent sehen, wenn er den Industrieprozess als Einheit erlebt, der auf die Zusammenarbeit des Handlangers, des Facharbeiters, des Verwaltungsangestellten, des Ingenieurs und des technischen Direktors angewiesen ist“ (27). „Der wirkliche Prozeß der proletarischen Revolution ist nicht identisch mit der Entwicklung und der Aktion revolutionärer Organisationen auf freiwilliger und vertragsmäßiger Basis, wie es z.B. die politische Partei und die Berufsgewerkschaften sind: Organisationen also, die innerhalb der bürgerlichen Demokratie und aufgrund politischer Freiheit entstanden sind, diese politische Freiheit beweisen und weiterentwickeln ... die revolutionären Organisationen (die politische Partei und die Berufsgewerkschaften) sind durch die politische Freiheit bedingt, sind innerhalb der bürgerlichen Demokratie entstanden und bestätigen die Freiheit im allgemeinen innerhalb der Demokratie, wo sie die Beziehungen von Staatsbürger zu Staatsbürger fördern. Der revolutionäre Prozeß dagegen verwirklicht sich auf dem Produktionssektor, in der Fabrik, wo das Verhältnis zwischen Unterdrücker und Unterdrücktem herrscht ... wo es keine Freiheit für den Arbeiter, keine Demokratie gibt.“ Für den

23 A. Gramsci, Aufsätze aus ‚Ordine Nuovo‘, 1919, dokumentiert bei E. Mandel (Hrsg.), Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie. Frankfurt/Main 1971, S. 240

24 Ebda., S. 241

25 Ebda., S. 247

26 Ebda.

27 Ebda., S. 234

Arbeiterrat benutzt Gramsci den Begriff „morphologisch“, für Gewerkschaft und Partei den Begriff „arithmetisch“ (28). Die Räte sind also nach Gramsci die Organisationsformen, in denen die Arbeiter ihr Bewußtsein als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums entwickeln und zwar ein Bewußtsein, in dem sie sich als notwendige Teile, als Räder im gesellschaftlichen Arbeitskörper der Fabrik, im bestehenden System der Arbeitsteilung begreifen. Subjekt sind sie zunächst als solcher organisierter Arbeitskörper und als die einzelnen Fabrikräte zusammenfassende Räteorganisation, nicht als Individuen. Der Arbeiterrat ist die konkrete Negation des Arbeiterindividuums als Arbeitskraftverkäufer und Lohnempfänger und eine höhere Stufe insofern, als diese bornierte Individualität die Basis der Herrschaft des Kapitals über den Arbeiter im Produktionsprozeß war, seiner Objektsituation also. Der Arbeiterrat ist gleichzeitig die konkrete Weiterentwicklung und auch Negation derjenigen Organisationsformen der Arbeiterklasse, die die bürgerliche Subjektivität zum Ausgangspunkt hatten. Die Produktivkraftentwicklung steht dabei so sehr als historische Aufgabe der Arbeiterbewegung im Vordergrund, daß die Frage der Vermittlungsformen von gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion in der Rätekonzeption Gramscis unberücksichtigt bleibt (29). Die Arbeiterklasse ist die produktive Klasse, allerdings nicht einfach als Handarbeitende, sondern im Arbeiterrat sind auch die Leitungsfunktionen – als produktive Funktionen – mitrepräsentiert. Die Gesellschaft, bzw. der neue Arbeiterstaat repräsentiert als zentralisiertes Räte-system den arbeitsteiligen Fabrikkörper und den in verschiedenen Industriezweigen arbeitsteilig organisierten gesellschaftlichen Produktionsprozeß insgesamt. Diese Konzeption ist als Form entwickelt, nicht etwa als konkrete Strategie der Transformation der italienischen Gesellschaft. Ein inhaltliches Programm zur industriellen Entwicklung des Landes hat die Turiner Rätebewegung nicht. Darin liegen auch die Abstraktionen des Modells.

Wir finden in der Rätebewegung demnach die erste historische Form, in der sich die Arbeiterklasse als revolutionäre Klasse, als Klasse, die die Zukunft in ihren Händen trägt und das heißt zu diesem historischen Zeitpunkt, als *produktive Klasse* gegenüber dem Bürgertum formuliert und organisiert. Im Konzept der Arbeiterdemokratie von Togliatti und Gramsci ist die Organisation als produktive Klasse identisch mit der politischen Organisation überhaupt (30).

Der entscheidende historische Einschnitt ist die Trennung zwischen Produktivkraftentwicklung und Kapitalinteresse, die im Bewußtsein der Arbeiter vollzogen

28 Ebd., S. 246

29 Gramsci als Theoretiker unterscheidet sich übrigens von den Theoretikern der Arbeiterbewegung in Deutschland insofern, als er die Folgen der kapitalistischen Arbeitsorganisation im Taylorismus und Fordismus durchaus in ihren Folgen für die Reproduktion analysiert hat. Er hat die Frage gestellt, welche neue Gestalt des Subjekts z.B. in seinen kulturellen und sexuellen Beziehungen innerhalb des Bereichs der Reproduktion die neue Gestalt der Produktionsorganisation erfordere. Gramsci betrachtete übrigens den Taylorismus und den Fordismus als unumgängliche Phase in der Produktivkraftentwicklung.

30 Vgl. dazu A. Gramsci/P. Togliatti: Arbeiterdemokratie, Programmatischer Aufsatz, erschienen in: ‚Ordine Nuovo‘ 1919, dokumentiert bei: K. Farner/T. Pinkus, Der Weg des Sozialismus, Hamburg 1964

wird. „Für den einzelnen Arbeiter ist ‚objektiv‘ das Zusammentreffen der Erfordernisse der technischen Entwicklung mit den Interessen der herrschenden Klasse ... nur eine bestimmte historische Phase ... Der Nexus kann sich lösen: die technischen Erfordernisse können konkret nicht nur als getrennt von den Interessen der herrschenden Klasse gedacht werden, sondern als verbunden mit den Interessen der noch subalternen Klassen ... (31). Der Kapitalfetisch, die Verschmelzung der Kapitalform mit den Produktionsmitteln und den Produktionsbedingungen zur Naturform löst sich auf, nicht nur in der theoretischen Kritik, sondern in der praktischen Klassenaktion. Betriebe werden besetzt, die Produktion teilweise von den Arbeiterräten in eigener Regie übernommen.

Wo aber bleibt dabei die von Bravermann gemeinte Kritik an der spezifischen kapitalistischen Produktionsweise, insofern sie die Degradierung des Arbeiters im Produktionsprozeß impliziert. Die Fabrik soll schließlich so übernommen werden, wie sie ist. Insofern erscheint die kapitalistische Fabrikorganisation nach wie vor als Naturform. Auch nach Gramsci ist der einzelne Arbeiter „Rad in der Maschine der Arbeitsteilung“. Von der Entwicklung seiner Fähigkeiten als Produzent im Prozeß der täglichen Produktion und Reproduktion des Lebens ist nicht die Rede.

Ein halbes Jahrhundert später führen die italienischen Metallarbeiter-Gewerkschaften einen Tarifkampf, der die Unternehmer dazu zwingen soll, jeden Arbeiter in der Fabrik, auch den Arbeiter am Fließband, so zu qualifizieren, daß er auch die komplizierten Facharbeiter-Tätigkeiten wahrnehmen kann. Das Programm der 150-Stunden-Arbeiterbildung, das auch tariflich festgelegt wird, zielt auf die Entwicklung nicht nur der Fähigkeiten der Klasse zur Übernahme der Produktion, sondern auf die Entwicklung der Fähigkeiten des einzelnen Arbeiters. Und im „Entwurf eines Programms zur Umgestaltung Italiens“ der PCI heißt es, um nur ein Beispiel der Formulierung des Problems zu nennen: „Die Arbeit muß wieder als Fundament des gesellschaftlichen Lebens und des Fortschritts gelten; aber dazu ist erforderlich: die produktiven Tätigkeiten müssen beständig wissenschaftlich und kulturell bereichert werden; man muß sich dafür einsetzen, immer mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitsorganisation zu verändern; die Frauen müssen zu allen produktiven und leitenden Funktionen zugelassen werden können. Schrittweise Umwälzungen in den Technologien und in der Organisation des Produktionsprozesses können dazu beitragen, allmählich den Bereich der besonders schweren Arbeitsverausgabung zu verringern, diejenigen besser einzusetzen, die weiterhin diesen Funktionen unterworfen sind. Mit diesen Umwälzungen können auch Rotationsformen erprobt werden, um den Widerspruch zwischen der weiterhin bestehenden Notwendigkeit von ermüdenden und undankbaren manuellen Tätigkeiten einerseits und der Neigung zu anderen Beschäftigungsarten andererseits zu überwinden.“ (32)

31 A. Gramsci, Amerikanismus und Fordismus, in: Ausgewählte Schriften, Frankfurt 1968, S. 402.

32 P.C.I., Der Kommunistische Vorschlag, Hamburg 1978, S. 28. In anderem Zusammenhang wird direkt die Kategorie des gesellschaftlichen Individuums benannt, und auch hier geht es um die Frage, wieweit Bedürfnisse des einzelnen als Gesellschaftsmitglied entwickelt und befriedigt werden können, Bedürfnisse, die über den Bedürfnisbegriff der 20er Jahre,

Die Rätebewegung hat scheint's andere Probleme: wie kann sich das Proletariat überhaupt zum Träger der Produktion und der gesellschaftlichen Macht qualifizieren? Diese Frage bildet einen wesentlichen Punkt der Auseinandersetzung in der deutschen Rätediskussion. Findet die Vorstellung des Proletariats als produktiver Klasse ihre begrifflich reinste Formulierung in Italien als einem vergleichsweise noch zurückgebliebenen Land, so ist die deutsche Rätebewegung einer mächtig entwickelten Bourgeoisieklasse kontrastiert, und ein wesentlicher Teil der Auseinandersetzung geht darum, ob diese ersetzbar sei oder nicht. Es ist bezeichnend für das Kräfteverhältnis der verschiedenen Fraktionen in der deutschen Arbeiterbewegung, daß diese Auseinandersetzung wesentlich als Theoriediskussion geführt wurde. Die politische Entscheidung war mit dem Scheitern der Rätebewegung bereits gefallen, als die Rätediskussion begann.

Die sich bekämpfenden Fraktionen der Arbeiterbewegung haben das gleiche Ziel, unterschiedlich sind die sozialen und politischen Vorstellungen über die Zielverwirklichung. Richard Müller, USPD, geht auf dem 2. Rätekongreß 1919 davon aus, daß „die Steigerung der Produktion zur höchsten Potenz letzten Endes nur mit und durch das Proletariat geschehen“ kann (33). „Das Rätssystem ist für die Gegenwart die Kampforganisation zur Eroberung der politischen Macht ... wie es auch die Organisation ist, die *später* (Unterstreichung Ch. N.) den ganzen wirtschaftlichen Organismus tragen soll“ (34). Und Peter von Oertzen faßt in seiner Darstellung der Rätebewegung zusammen: „Es ist nicht ganz einfach, den Kern des im eigentlichen Sinne wirtschaftlichen Rätegedankens aus dem Gesamtzusammenhang der Theorie des reinen Rätessystems herauszuschälen. Die Äußerungen der führenden Männer und die offiziellen programmatischen Formulierungen im Vollzugsrat, in der Vollversammlung und in der USPD-Fraktion der Arbeiterräte verblieben auf wirtschaftlichem Gebiet in einer gewissen Allgemeinheit. Sie beschränkten sich meistens auf die

nämlich Befriedigung der Bedürfnisse nach ausreichendem Essen, Kleidung, Wohnung hinausgehen. „Im Laufe der Zeit haben die Erscheinungen der Einsamkeit und individuellen Zersplitterung, der krampfhaften Qual und der Zersplitterung der Gesellschaft in Gruppen und Kategorien ständig Raum gewonnen. Die Krise selbst erfordert deshalb eindringlich, dem gesellschaftlichen Charakter der menschlichen Beziehungen Geltung zu verschaffen, weder um die Individuen in einer undurchlässigen Uniformität einander anzugleichen, noch um reale Bedürfnisse zu unterdrücken, sondern vielmehr, um die Entwicklung eines neuen gesellschaftlichen Individuums zu fördern und um den persönlichen Fähigkeiten jedes Subjekts und den solidarischen Kontakten zwischen allen Menschen breiteren Raum zu verschaffen.“ (Ebda, S. 32)

- 33 Richard Müller, Korreferat zu Theodor Leipart auf dem 10. Gewerkschaftskongreß 1919, in: Crusius/Wilke/Schiefelbein, Die Betriebsräte in der Weimarer Republik, Bd. 1, Berlin 1978, S. 120. Müller fährt übrigens fort: „Ungehemmt von jedem kapitalistischen Einfluß muß sich die Organisation der Arbeit entwickeln. Getragen von dem Gedanken, nur dem ganzen Volke zu dienen, frei von egoistischen Motiven. Nicht nur das reine Handproletariat, sondern alle schaffenden Kräfte des Volkes sollen erfaßt werden, während kapitalistische Interessen in jeder Form ausgeschaltet werden müssen.“ Und an anderer Stelle: „Die privatkapitalistische Produktionsform erweist sich gleichfalls zur Aufrichtung unseres Wirtschaftslebens als ungeeignet.“ Ebda., S. 116
- 34 Richard Müller, Rede auf einer Vollversammlung der Großberliner Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre 1919, in: Crusius u.a., a.a.O., S. 145

Forderung, den Betriebsräten das Recht der Produktionskontrolle und der Mitwirkung bei der Sozialisierung einzuräumen. Später richtete sich die Aufmerksamkeit mehr auf die Formulierung der grundlegenden Prinzipien und vor allem auf den organisatorischen Ausbau des Rätessystems, nicht so sehr auf die konkreten wirtschaftlichen Probleme" (35). Betrachten wir demgegenüber die Position der SPD und der Gewerkschaften. Der ADGB schreibt in einem einführenden Artikel der ersten Nummer der Betriebsrätezeitung 1920: „Was nützt der Arbeiterschaft die Macht, wenn sie nicht in der Lage ist, sie so zu gebrauchen, daß wenigstens die gleichen, möglichst aber doch höhere wirtschaftliche Leistungen erbracht werden können? Diejenigen, die heute alle Macht für die Arbeiterräte fordern, sind Männer, die wohl selbst niemals verantwortlich wirtschaftlich leitende Arbeit geleistet haben ... sonst müßten sie wissen, daß ... die große Masse der Arbeiterräte den mühseligen Weg des Lernens und der Erfahrungssammlung erst mal zu gehen hat, um für die Übernahme verantwortlicher und leitender Stellungen sich reif zu machen ... Positives Wissen und Erfahrungen, die sehr weit über die des Teilarbeiters hinausgehen müssen, ja, noch mehr, Genialität, Charakter und Menschenkenntnis, eigener Wille und schöpferischer Drang, alle diese Eigenschaften ... sind notwendig, wenn ein Wirtschaftsführer mit Erfolg arbeiten will.“

Die Rätediskussion konnte keine Vorstellung davon entwickeln, wie sie die Unternehmerfunktionen der Leitung des Produktionsprozesses möglichst schnell übernehmen und wie sie den gesamten Wirtschaftsprozeß unabhängig von Marktregulierungen organisieren könne. Diese Unfähigkeit gab wiederum Argumentationsmaterial für die SPD in ihrer Position, die Unternehmenseite sei nicht allein Träger der Ausbeutung, sondern ebenso Träger notwendiger produktiver Funktionen, welche die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage sei zu übernehmen. Anteil an der politischen und gesellschaftlichen Macht hat derjenige, der produktive Arbeit leistet: Da dem Kapital die weitere Möglichkeit zur Entwicklung der produktiven Potenzen abgesprochen wurde, es rein in seiner Ausbeuterfunktion betrachtet wurde, gestand die Rätekonzeption der Linken ihm kein Vertretungsrecht zu. Ein Antrag der USPD auf dem 2. Rätekongreß lautet: „Wahlberechtigt und wählbar sind ohne Unterschied des Geschlechts diejenigen, welche ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten“ (36). Demgegenüber plädiert Theodor Leipart vom ADGB auf dem 10. Gewerkschaftskongreß 1919: „Deshalb sagen wir, daß neben den Arbeiterräten alle, die guten Willens sind, für das Gemeinwohl zu arbeiten, mitarbeiten dürfen, ja mitzuarbeiten haben. All die Kenntnisse und Erfahrungen der Unternehmer, der Betriebsleiter, der Beamten können und

35 Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution 1918/19, Düsseldorf 1963, S. 99/100. Er schreibt weiter: „Die Produktionskontrolle im Rahmen des Rätessystems bereitete – so war es gedacht – die Sozialisierung vor, indem sie erstens die Unternehmer ihrer bisherigen Machtstellungen im Betrieb entkleidete, zweitens die Arbeiter für die Aufgaben der Wirtschaftsleiter schulte und drittens im Rätessystem eine Organisation für gesamtwirtschaftliche Planung und Lenkung schuf.“ Ebd., S. 100

36 Dokumentiert in: Crusius u.a., a.a.O., S. 35

wollen wir in Zukunft nicht unbenutzt lassen, sie werden gebraucht für das Gemeinwohl“ (37).

Einig war man sich allerdings auch darüber, daß es darum ging, die Form der Produktivkraftentwicklung durch das Kapital als historisch vorgefundene weiterentwickeln zu müssen. Es ging auch der Rätediskussion wesentlich darum, den Unternehmer in seinen Funktionen zu ersetzen, um dann die Produktivkraftentwicklung in den Dienst der Werktätigen zu stellen, sie dem Einfluß des Profitinteresses zu entziehen, und bestenfalls an dem Prozeß der Leitung die Massen der Arbeiter teilnehmen zu lassen: Demokratisierung der Leitungstätigkeit also und Planung der Produktion.

Der vornehmlich politische Charakter der Rätebewegung war die durchaus adäquate Antwort auf den Punkt der Kapitalentwicklung, an dem der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und dem Profitinteresse auseinandergebrochen war: den zerstörerischen Folgen dieses Profitinteresses im 1. Weltkrieg.

Diese destruktiven Momente der kapitalistischen Form der Produktivkraftentwicklung waren über einen politischen Prozeß, die Kriegsführung der imperialistischen Staaten freigesetzt worden, und ihnen galt es eine konstruktive Entwicklung unter Kontrolle der Arbeiterbewegung entgegenzusetzen. Es ist kein Zufall, daß die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie um den krisenhaften Charakter des Kapitalismus und um die Notwendigkeit der Revolution ihren Kernpunkt in der Auseinandersetzung um die Frage der Notwendigkeit imperialistischer Kriege für das Kapital gehabt hatte. Demgemäß ging es dann auch dem linken Flügel in der Rätebewegung darum, dem verschwenderischen Umgang mit dem gesellschaftlichen Reichtum im Krieg und seinen unmenschlichen Folgen durch die Ausrichtung der Produktion an den Klasseninteressen der Arbeiter endgültig eine Schranke zu setzen. Luxurierende Gesellschaftsschichten sollten entmachtet, Gleichheit sollte als gleiche Verteilung des Arbeitsertrags und als Arbeitszwang für alle hergestellt werden, Spekulation und Wirtschaftssabotage sollten verhindert werden. Die Qualität des Subjekts, des bewußt Handelnden, kam demgemäß dem Proletariat als Klasse zu. Klasseninteresse des Proletariats sollte gegen das vor allem im bürgerlichen Staat nur noch machtmäßig abgesicherte, weil nicht mehr gesellschaftlich rationale Klasseninteresse der Bourgeoisie gesetzt werden: Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats — also ein wesentlich politischer Akt — und gleichzeitig in diesem Inhalt angelegt die mögliche Explikation dieses Klasseninteresses sowie seine Substitution durch die Partei und einen autoritären Staat. Die Indienststellung der Produktivkraftentwicklung zur Befriedigung der Grundbedürfnisse sollte durch die Leitung der Produktion nach dem Arbeiterinteresse garantiert werden. Das war das wesentliche ökonomische Ziel.

Die gähnende Lücke zwischen dem Willen zur politischen Entmachtung der Ausbeuterklasse und der mangelnden Konkretion einer alternativen Form der Vergesellschaftung suchte die Rätebewegung und mit ihr die kommunistische Partei durch den Appell an die moralischen Fähigkeiten des Arbeiterindividuums auszufüllen.

len. Im Programm der KPD (Spartakus-Bund) 1918/19 heißt es: „Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist in den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden freien selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortungsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin allen gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, hoher Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie Stumpfsinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.“ Die Kategorie des gesellschaftlichen Individuums war also als Kategorie des moralischen Individuums durchaus entwickelt worden: als solche bildete sie die Negation des egoistischen bürgerlichen Individuums: Wirken für die Allgemeinheit unter Hintanstellung der unmittelbaren bornierten Ziele des einzelnen, Vergesellschaftung als Form der moralischen Individuation, Entwicklung der gesellschaftlichen Fähigkeiten als moralischer Fähigkeiten, Entwicklung der Denkfähigkeiten als Fähigkeit zur Kontrolle des Produktionsprozesses, insgesamt also „höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit“. Diese Vorstellung von der Formierung des einzelnen zum moralischen Individuum im Kollektiv, der Appell an die selbständigen Leistungen des Individuums im Zusammenhang des Kollektivs, bildet eine klare Negation der bürgerlichen Vorstellungen vom Individuum, so wie sie vorlagen. Bürgerliche Individualität war identisch mit Egoismus und Verantwortungslosigkeit, mit persönlicher Willkür, mit Begriffen wie Privileg, Herrschaft über andere, kurz, das genaue Gegenteil dessen, was als gesellschaftliches Individuum gedacht wurde.

Auch in der Konzeption der SPD erkennt sich die Arbeiterklasse schon als Produzent des gesellschaftlichen Reichtums, geht aber davon aus, daß sie nicht in der Lage sei, die unternehmerischen Leitungsfunktionen zu übernehmen; das Wissen über den Produktionsprozeß ist nach wie vor in den Händen des Kapitals und so erscheint das Kapital nach wie vor als notwendiger Träger der Produktivkraftentwicklung. Unter anderem ist es die Angst vor der Anarchie, vor der Unfähigkeit, die Leitungsfunktion des einzelnen Produktionsprozesses zu übernehmen und die Funktionen der Vergesellschaftung über den Markt durch gesellschaftliche Planung ersetzen zu können, welche die Sozialdemokratie in das politische und militärische Bündnis mit der bürgerlichen Klasse treibt, obwohl sie die politische Macht auf der Basis der revolutionären Bewegung hätte ergreifen können. Das Wissen der Unternehmer erscheint als eine in den materiellen Verhältnissen selbst verankerte Schranke und die Idee der paritätischen Mitbestimmung kann unter anderem als eine Kompromißformel, in der die Sozialdemokratie das Kapital in seinen Leitungsfunktionen als produktive Kraft anerkennt, interpretiert werden.

Allerdings lag der SPD in ihrer Mehrheit auch nichts ferner, als dieses Problem in der Weise anzugehen, wie es die Rätebewegung und der kommunistische Flügel anzugehen empfahl, nämlich durch politische Kontrolle der Unternehmer als erstem Schritt, durch Mitbestimmung der Betriebsräte mit dem Ziel, gleichzeitig die größten Anstrengungen einzuleiten, sich die Leitungsfähigkeiten selbst anzueignen. Die

Konzeption der parlamentarischen Machtergreifung hatte immer die Regelung der Produktionssphäre durch Gesetzgebung impliziert, und nicht etwa durch Qualifikation der Arbeiterklasse zum möglichen Subjekt des Produktionsprozesses und der geplanten Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion (38). Die arbeitsteilige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, Zentralisierung des Wissens und damit der Macht in gesonderten gesellschaftlichen Institutionen auf der einen – Subalternität der Massen auf der anderen Seite – diese Konstruktion wollte die Sozialdemokratie beibehalten. Bemerkenswert ist aber, daß selbst Theoretiker wie Pannekoek allenfalls eine abstrakte Aufhebung der Subalternität der Massen sich vorstellen konnten: eine Armee von disziplinierten Kämpfern, die sich vom Gesamtinteresse im Gegensatz zum individuellen Interesse leiten lassen (39). Das gleiche gilt für das Programm des Spartakus-Bundes. Wie die Vermittlung zwischen individuellem und Gesamtinteresse bezogen auf den Prozeß der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens aussehen könnte, wie die Interessen des einzelnen im Gesamtinteresse aufgehoben sein würden, einmal abgesehen von einer besseren Befriedigung der Grundbedürfnisse – dies zu entwickeln war zu diesem Zeitpunkt wohl nicht möglich. Und im Gefolge der Bolschewisierung der KPD in der Weimarer Republik gab die KPD selbst die – wenn auch beschränkten – Impulse der Rätebewegung, die Individuen wenigstens als politisch bewußte und fähige Subjekte zu entwickeln, auf. Das Konzept der Partei als „Hirn der Klasse“ – um einen Transparentspruch aus der DDR zu zitieren – setzte sich durch.

-
- 38 Vgl. dazu schon u.a.: Karl Kautsky, Die neue Taktik, in: Die Neue Zeit, 30. Jahrgang 1912, S. 697 ff., wo er gegen die Vorstellung von der Zerschlagung des bürgerlichen Staates polemisiert.
- 39 Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, in: Die Neue Zeit, 30. Jahrgang 1912, S. 541 ff. Übrigens hier wichtig, daß Wissen „als klare Einsicht in das Wesen des politischen Klassenkampfes“ bezeichnet wird. Übrigens finden wir die gleichen Schwierigkeiten im linksradikalen, syndikalistischen Flügel der Arbeiterbewegung, der sich nach der Revolution in der KAPD abspaltete. Von sozialer Emanzipation in dem von Marx bezeichneten Sinne der Versöhnung von Individuum und Gesellschaft weiß sie allenfalls partiell, bezogen auf die Organisationsformen der Arbeiterbewegung, zu berichten. Was fordert sie demgegenüber auf „wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet“? Ent-eignung, zentrale Regelung und Leitung des gesamten Produktionsprozesses, Einstellung der gesamten Produktion auf den Bedarf, rücksichtslose Durchführung des Arbeitszwangs, Sicherung der Einzelexistenz in Bezug auf Ernährung, Kleidung, Wohnung, Alter, Krankheit, Invalidität, Abschaffung aller Standesunterschiede. Vgl. Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Mai 1920, dokumentiert in: H. M. Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim am Glan, 1969, S. 415. Es wäre durchaus aufschlußreich, unter dem Gesichtspunkt der Konkretion sozialer Emanzipation sich die Dokumente der Syndikalisten auf ihre inneren Widersprüche hin anzusehen. Die Syndikalisten waren die schärfsten Kritiker der Arbeitsteilung zwischen Organisation und Massen. Gerade unter dem Gesichtspunkt müßte noch einmal aufgearbeitet werden, auf welche realen Schwierigkeiten sie stießen. Warum sie eine kleine Sekte blieben. Immerhin ist bemerkenswert, daß ihre inhaltlichen Forderungen bezüglich der alternativen Übergangsform vom Kapitalismus zum Sozialismus sich von denen der übrigen politischen Fraktionen der Arbeiterbewegung nicht unterschieden.

V. Unternehmer und Arbeiter als gemeinsame Träger der Produktion: die Mitbestimmungskonzeption der Sozialdemokratie

Sehen wir uns noch etwas genauer die Konzeptionen an, welche die sozialdemokratische Fraktion der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik den linken Räte-theoretikern entgegensetzte. Wesentlich für diese Konzeptionen ist – und das ist bekannt – daß Produktion und Zirkulation als getrennte und voneinander unabhängige Sphären gedacht werden und die Zirkulation als Feld reformistischer Aktivitäten erscheint, demgegenüber der Produktionsprozeß in seiner konkreten Gestalt als sachlich notwendige Form der Produktivkraftentwicklung nicht zum Gegenstand der Reflexion möglicher gesellschaftlicher Transformation wird. Auch die linken Rätetheoretiker strebten, wie gezeigt, keine alternative Form der Produktionsorganisation in der einzelnen Fabrik an, sie wollten allerdings die Arbeiter insgesamt an der Leitung und Kontrolle der Produktion beteiligen (Rätesystem, Delegation mit imperativem Mandat). Der Sozialdemokratie ist vor allem die Rechtsform des Kapitals als Privateigentum suspekt, sie scheint nicht mehr verwachsen mit den Produktionsmitteln. Sozialisierung ist demgemäß Veränderung der Eigentumsform, Aufhebung des Instituts des Privateigentums. Diese Vorstellung findet sich exemplarisch sowohl in der Rätediskussion, als auch bei Naphtali, als auch bei Theoretikern der Sozialdemokratie wie H. Sinzheimer. Die Position Sinzheimers hat W. Müller in seinem Artikel „Der Pluralismus, die Staatstheorie des Reformismus“ dargestellt (40). Von Sinzheimer werden zwischen Kapital und Arbeit sowohl gegensätzliche (Kampf um die *Verteilung* des Sozialprodukts) als auch gemeinsame Interessen (Produktionsinteresse) angenommen, welche Auffassung im Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung, den Sinzheimer formulierte, ihren Ausdruck fand. „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ (41) Der Forderung nach paritätischer Mitbestimmung liegt demnach die Vorstellung eines gemeinsamen Produktionsinteresses zugrunde. Dem Arbeiter müsse „Mitverantwortung ... für das wirtschaftliche Ganze und dafür ein Teilnahmerecht auch an der wirtschaftlichen Leitung“ übertragen werden, „dann wird er auch verantwortlich für die Erhaltung der Grundlagen, nicht etwa des Kapitalismus, aber der Produktion, die unab-

40 W. Müller, *Der Pluralismus – die Staatstheorie des Reformismus*, in: Doeker/Steffani (Hrsg.), *Klassenjustiz und Pluralismus*, Hamburg 1973, S. 395-424. Sinzheimer kann hier übrigens deshalb als exemplarisch für die sozialdemokratische Position herausgegriffen werden, weil er wohl nicht zufällig für die illusorische Konstruktion des Artikels 165 der WRV verantwortlich zeichnet. Zu Sinzheimer noch einmal W. Müller: Die „Wirtschaftsordnung faßt Sinzheimer als ‚Art der Verteilung und Verwendung der ökonomischen Güter und Leistungen‘ auf, also als Ordnung der Distribution. Diese steht unvermittelt ... neben der Produktion ... infolge der Beziehungslosigkeit von Distribution und Produktion kann daher auch der ‚Klassenkampf um die Verteilung des Sozialprodukts‘ ohne systematische Berücksichtigung der von der kapitalistischen Produktion gesetzten Zwänge und Schranken stattfinden ...“ ebda., S. 408

41 Ebda., S. 400/401

hängig ... von der kapitalistischen Rechtsform“ ist (42). Daß der Arbeiter nicht verantwortlich für die Produktion ist, wird hier als Grenze seiner Produktivität betrachtet. Eigentum als Rechtsform begründet abhängige Arbeit, demgemäß könne dem Arbeitsrecht, „in dem die zentrierende Kraft nicht das Eigentum, sondern der Mensch ist“, die Funktion zukommen, eine neue Ordnung progressive zu begründen (43).

Das Auseinandertreten zwischen Produktionsform als Natur und rechtlicher Formbestimmung als Geschichte kennzeichnet diese Argumentation. Die Gesetze und damit der Staat als Gesetzgeber sind die quasi prägende Kraft, welche die spezifische gesellschaftliche Form der Beziehungen zwischen Mensch und Natur prägen. Man würde es sich zu einfach machen, wenn man die Vorstellung paritätischer Mitbestimmung allein als Resultat der vollen Mystifizierung der Kapitalform interpretierte: Arbeit und Kapital als natürliche Produktionsfaktoren, beide gleich notwendig für die Produktion und deshalb auch gleichberechtigt. Vielmehr sieht die Konstruktion so aus: Arbeit und Produktionsmittel sind gleichermaßen Voraussetzungen des Produktionsprozesses, die Produktionsmittel sind eher zufällig, bzw. aus rechtlichen Traditionen heraus Eigentum des Kapitalisten, woraus sich allerdings nichts als unterschiedliche, d.h. kompromißfähige Interessen ergeben; die Arbeit, deren Träger schließlich der *Mensch* ist, soll progressive die aus dem Eigentum entspringenden Verfügungsrechte ablösen durch arbeitsrechtliche Normierungen. Kapital also nicht mehr gleich Produktionsmittel und umgekehrt, sondern: Kapitalistisches *Eigentum* als historische und damit veränderbare gesellschaftliche Form der Produktionsmittel, und veränderbare Form der Verfügungsgewalt über dieselben.

Diesem Arbeitsbegriff und damit auch der Mitbestimmungskonzeption liegt zugrunde, daß das vorgefundene System der Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung – so wie es von der kapitalistischen Produktionsweise geliefert wird – naturgegebenen Charakter hat, und daher der Unternehmer nur durch Gesetzgebungsakt von seiner Eigentumsfunktion progressive zu entkleiden sei: „Man darf sich nicht durch Voreingenommenheit gegenüber dem Unternehmertum verleiten lassen, die wirtschaftlichen Aufgaben der Unternehmer zu verkennen, die sie jahrzehntlang auch noch in einer sozialistischen Wirtschaft zu erfüllen haben.“ (45) Der Kapitalfetisch wird demnach insoweit aufgelöst, als die Kapitalform der *Produktionsmittel* als historische Form begriffen wird. Er bleibt erhalten, insofern die spezifische Form der Unternehmertätigkeit als Leitungstätigkeit als Naturgestalt des Produktionsprozesses erscheint. Dem Profitinteresse soll durch Sozialisierung der Boden progressive

42 Ebda., S. 402. Übrigens hier noch zu bemerken, daß auch für die kommunistische Seite das Auseinanderfallen zwischen Produktionsmitteln und Eigentumsform der wesentliche Schritt war. So schreibt Gramsci 1924: Der Arbeiter wird „zum Kommunisten, weil das Privateigentum keine Funktion der Produktivität ist.“ Und den Zustand vor dieser Erkenntnis beschreibt er als die „liberale Phase“, in der dem Arbeiter es nicht möglich war, „sich von der Überzeugung zu befreien, daß der Eigentümer notwendig war.“ A. Gramsci, a.a.O., S. 239/240

43 W. Müller, a.a.O., S. 405-407

45 So begründet der sozialdemokratische Minister Wissel den Regierungsentwurf zur Rätebeteiligung auf dem 2. Rätekongreß 1919, dokumentiert bei: Crusius u.a., a.a.O., S. 38

entzogen werden, weil dieses Profitinteresse verantwortlich für die Anarchie des Marktes ist. Es soll durch Wirtschaftsplanung auf der Basis der Sozialisierung der Großbetriebe ersetzt werden. Solange dies nicht möglich ist, sollen die Betriebsräte, vermittelt und auf der Basis der durch Verfassung und Gesetzgebung ihnen zugesprochenen Rechte, darauf achten, daß „entgegen dem kapitalistischen Geist die Gesichtspunkte der Interessen der Gesamtwirtschaft in der Geschäftsführung“ (46) zum Ausdruck gebracht werden. Die Annahme eines gemeinsamen Produktionsinteresses beruht also auf der Vorstellung des naturgegebenen *Arbeitszusammenhangs* zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen leitender und ausführender *Tätigkeit* im gesellschaftlichen Organismus der Fabrik. Als gemeinsame Produzenten sind Unternehmer und Arbeiter Diener des Gemeinwohls, indem sie die Produktivkräfte zum Wohl der Gesellschaft insgesamt entwickeln. Der Störfaktor des Profitinteresses soll durch Mitbestimmung des Betriebsrats solange in Schach gehalten werden, bis sozialisiert ist. Darüber hinaus existieren aber auch noch unterschiedliche Interessen, die vor allem von den Gewerkschaften und den Betriebsräten im Zusammenhang mit den Gewerkschaften wahrgenommen werden sollen. „Die Interessengegensätze zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können ... Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten.“ (47) In dieser Vorstellung ist eingeschlossen, daß unabhängig von der kapitalistischen Eigentumsform an den Produktionsmitteln Widersprüche zwischen dem Interesse der Gesamtheit an der möglichst raschen Entwicklung der Produktivkräfte und den Interessen der unmittelbaren Produzenten bestehen können. Der Betriebsrat ist insofern eine widersprüchliche Konstruktion, als er zum einen das Gesamtinteresse gegenüber dem Profitinteresse des Unternehmers und dem möglichen Interesse an bequemer Arbeit gegenüber den Arbeitern wahrnehmen soll, andererseits soll der in Verbindung mit den Gewerkschaften die „reinen Arbeiterinteressen“ gegenüber der Unternehmensleitung vertreten. Die Existenz solcher reiner Arbeiterinteressen im Unterschied sowohl zum Interesse des kapitalistischen Unternehmers als auch zum gesellschaftlichen Allgemeininteresse wird wiederum als – zumindest gegenwärtig – nicht aufzuhebende Naturbedingung der Produktion angesehen (47 a). Demgemäß wird Enteig-

46 Fritz Naphtali, *Wirtschaftsdemokratie*, Frankfurt/Main 1966, S. 41

47 Beschlüsse des 10. Gewerkschaftskongresses 1919, Richtlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Bestimmungen über die Aufgabe der Betriebsräte, dokumentiert in: Crusius u.a., a.a.O., S. 138. Vgl. auch die Rede Leiparts auf dem gleichen Kongreß, ebda., S. 112.

47a In diesem Zusammenhang ist auch die viel frühere Position Rosa Luxemburgs aufschlußreich. In ihrer Schrift ‚Sozialreform und Revolution‘ geht sie auf die Aufgaben der Gewerkschaft ein: „Die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkt sich also in der Hauptsache auf den Lohnkampf und die Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. bloß auf die Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung je nach den Marktverhältnissen“, die „Einwirkung auf den Produktionsprozeß bleibt ihnen der Natur der Dinge nach verschlossen.“ Sie begründet diese Position in ihrer Auseinandersetzung mit der Schrift eines Parteigenossen: „Konrad Schmidt nennt freilich die jetzige gewerkschaftliche Bewegung ‚schwächliche

nung auch nicht gedacht als Aneignung der Produktionsbedingungen durch die assoziierten Produzenten, sondern Träger des Gemeineigentums sollen Kommunen und Staat – also die öffentliche Gewalt *im Unterschied* zu den einzelnen Betrieben sein. Würde man – wie die Rätekonzeption es vorsah –, das Eigentum an den Produktionsmitteln den Produzenten selbst überlassen, so geriete das Allgemeininteresse, die Entwicklung der Produktivität der Arbeit, in Gefahr. Der angenommene Widerspruch zwischen unmittelbaren Arbeiterinteressen und allgemeinen Interessen verweist die Sozialdemokratie darauf, in ihrer spezifischen Sozialismuskonzeption Eigentum und Arbeit nach wie vor getrennt zu halten, während die Rätebewegung das durchaus auch von ihr gesehene Problem durch Appell an die Entwicklung der moralischen Fähigkeiten der Arbeiterindividuen im Prozeß des Klassenkampfes hoffte überwinden zu können. Die sozialdemokratische Fraktion der Arbeiterbewegung erkennt also die Unternehmerfunktionen nicht allein in ihrer Qualität als technisches Leitungswissen, sondern auch als Herrschaftswissen an, nur daß sie hoffte, diese als notwendig erachteten Herrschaftsfunktionen durch progressive Enteignung dem Allgemeininteresse dienstbar machen zu können. Dies wird auch noch einmal bei Naphtali klar, der unter Sozialismus nicht etwa eine herrschaftsfreie Gesellschaft, sondern die Herrschaft des Allgemeininteresses im Unterschied und auch im – wenn auch kompromißfähigen – Gegensatz zu den Einzelinteressen verstand. „Die Herrschaft wird nicht vom Besitz oder von einem durch Geburt bedingten Vorsprung des einzelnen ausgeübt werden, sondern von der Gemeinschaft, der unter Auslese der Führer (!) auf freier demokratischer Grundlage die Oberhoheit über die Arbeitskraft und über den Verbrauch des einzelnen zusteht. Planmäßiges Erzielen der höchsten Leistung wird bestimmend sein für die Gestaltung der Wirtschaft im einzelnen.“ (48)

Anfangsstadien' und verspricht sich von der Zukunft, daß 'das Gewerkschaftswesen auf die Regulierung der Produktion selbst einen immer steigenden Einfluß gewinnt'. Unter der Regulierung der Produktion kann man aber nur zweierlei verstehen: Die Einmischung in die technische Seite des Produktionsprozesses und die Bestimmung des Umfangs der Produktion selbst. Welcher Natur kann in diesen beiden Fragen die Einmischung der Gewerkschaften sein? Es ist klar, daß, was die Technik der Produktion betrifft, das Interesse des Kapitalisten mit dem Fortschritt und der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in gewissen Grenzen zusammenfällt. ... Die Stellung des einzelnen Arbeiters hingegen ist geradezu entgegengesetzt: jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet, die Arbeit intensiver, eintöniger, qualvoller macht. Insofern sich die Gewerkschaft in die technische Seite der Produktion einmischen kann, kann sie offenbar nur in letzterem Sinne, d.h. im Sinne der direkt interessierten einzelnen Arbeitergruppe handeln, also sich Neuerungen widersetzen. In diesem Falle handelt sie aber nicht im Interesse der Arbeiterklasse im ganzen und ihrer Emanzipation, die vielmehr mit dem technischen Fortschritt, d.h. mit dem Interesse des einzelnen Kapitalisten übereinstimmen, sondern gerade entgegengesetzt, im Sinne der Reaktion.“ (R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, in: dies., Politische Schriften I, Frankfurt/Main 1966, S. 70/71) Das Interesse des einzelnen Arbeiters und das der Klasse als ganzer erscheint bei ihr in unveröhnlichem Gegensatz, das Interesse des Einzelkapitalisten demgegenüber mit dem Interesse der gesamten Arbeiterklasse zusammenzufallen. Produktivkraftentwicklung als Sache des Kapitals zeichnet diese in der Tat hier als ‚hegemoniale Klasse‘ aus.

48 F. Naphtali, a. a. O., S. 187. Bemerkenswert, daß Gleichheit bei Naphtali als Chancen-

Auch im Sozialismus wird demgemäß der Staat nach Ansicht der Sozialdemokratie notwendig von der Gesellschaft gesonderte Institution sein, da das Allgemeininteresse an der Entwicklung der Produktivkräfte in der Gesellschaft nicht unmittelbar vorfindbar ist, auch nicht bei der Arbeiterklasse. Die Staatsfixierung der Sozialdemokratie hat demnach aber ihren Ursprung nicht allein in den mystifizierten Formen, in denen die kapitalistische Gesellschaft sich dem normalen Bewußtsein darstellt, sondern gründet zudem in der – zumindest zum damaligen Zeitpunkt der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums – sicherlich nicht falschen Annahme, daß die Interessen der Arbeiter als unmittelbarer Produzenten, eingezwängt in einen für die Individuen restriktiven und mit schwerer körperlicher Arbeit verbundenen Produktionsprozeß, nicht ohne weiteres identisch seien mit der als primärem gesellschaftlichen Entwicklungsziel angenommenen Aufgabe einer möglichst umfangreichen Entwicklung der Produktivkräfte zum Zweck der Befriedigung der Grundbedürfnisse.

VI. Rationalisierung: Klasseninteresse des Kapitals oder Gesamtinteresse des Volkes?

Bei der Rätebewegung und den Mitbestimmungsvorstellungen der Sozialdemokratie wurde nicht deshalb solange verweilt, um auf ihrer Basis erst die Stellung der Arbeiterbewegung zur Rationalisierung in der Weimarer Republik reflektieren zu können. In ihr zeigen sich vielmehr spezifische Schranken in der Entwicklung von Vorstellungen sozialer Emanzipation, die sich in der Rationalisierungsdebatte wiederfinden, allerdings jetzt schon von einer politischen Position der Defensive der Arbeiterbewegung aus. Im folgenden sollen allerdings weniger diese Unterschiede, vielmehr ähnliche Momente herausgearbeitet werden. Dabei werden die Positionen auch nur in hier wesentlich erscheinenden Punkten kurz skizziert (49).

Gegenüber der von Seiten des Kapitals vorgebrachten Argumentation: Die ‚Gesundung‘ der deutschen Wirtschaft erfordere die Liquidierung der Resultate der November-Revolution, sie fordere eine Erhöhung der Arbeitsleistung, Lohnsenkung sowie die Entlastung der Unternehmen von Sozialabgaben und Steuern, fordert der ADGB – und die USA-Reise wurde als Beleg angeführt – eine Produktivitätssteige-

gleichheit, zum Wirtschaftsführer aufsteigen zu können, definiert wird. Ähnlich die Definition der Mitbestimmungsinstitutionen als „Keim zu einer neuen, nicht vom Besitzmonopol ausgehenden wirtschaftlichen Führerauslese“. Ebd., S. 41. Vgl. zum Problemkomplex auch die Darstellung der Konzeption von Bahro in diesem Heft. In dem Zusammenhang der Aufarbeitung der Mitbestimmungskonzeption 1918 wäre auch noch einmal zu reflektieren, daß z.B. Fraenkel die Parität als politischen Kompromiß beschreibt. „Die Absage an die soziale und wirtschaftliche Parität durch das Unternehmertum hat die Bahn frei gemacht für den politischen Kampf der Arbeiterschaft, um die Erreichung des Klassenziels, das nicht mehr die Parität, sondern die Herrschaft der Arbeiterschaft sein kann.“ E. Fraenkel, Zur Soziologie der Klassenjustiz, Darmstadt 1968, S. 72

49 Umfassende Darstellungen finden sich in der unter Anm. 9 angegebenen Literatur.

rung der Arbeit durch Rationalisierung (50). „Wir müssen ... aus eigenem Entschluß die Rationalisierung fordern und als Gewerkschaften der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung den ihnen gebührenden Anteil an den Segnungen des wirtschaftlichen Fortschritts sichern. Wir müssen die Rationalisierung der Volksgesamtheit dienstbar machen.“ (51) Mit den Marxschen Kategorien ausgedrückt: Der ADGB empfahl dem Kapital die relative Mehrwertproduktion anstelle der absoluten und glaubte damit gleichzeitig eine sichere Versöhnungsformel zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen zum Wohle der gesamten ‚Volkswirtschaft‘ gefunden zu haben. Die ausschlaggebenden Gründe für die Lage der deutschen Industrie liegen „nach Ansicht der Gewerkschaften“ in der „unrationellen Verwendung der Kriegsgewinne, der Ausdehnung der Betriebe in der Inflationszeit ohne Rücksicht auf den Fortschritt der Technik, der künstlichen Erhaltung unrentabler Unternehmungen durch den Kartellschutz, der Vergeudung des Sozialprodukts und der dadurch verursachten Verarmung weiter Konsumentenschichten. Die Rettung liegt nicht in der Wiedergewinnung und Erweiterung der ausländischen Märkte ... sondern in der Ausdehnung des Binnenmarktes durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen.“ (52) Zudem bildet die Rationalisierung wiederum eine Basis für Arbeitszeitverkürzung, die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften sporne andererseits die Unternehmer zu Rationalisierungen an. Vorübergehend müsse Arbeitslosigkeit in Kauf genommen und durch Arbeitslosen-Unterstützung als Problem aufgefangen werden (53).

In den Augen des ADGB und der SPD ist hier die bürgerliche Produktion „bloße Produktion für den Gebrauchswert, was eine sehr schöne Ansicht einer durch den Tauschwert beherrschten Produktionsweise ist ...“ (54), wobei sich diese Position von der hier durch Marx charakterisierten frühbürgerlichen (Ricardo) allerdings insofern unterscheidet, als es der Organisation und des Drucks der Arbeiter bedarf, um diesen ihren Charakter auch voll zur Geltung zu bringen. Aber immerhin bemerkenswert: die Emphase für die Produktivkraftentwicklung wird mit dem aufstrebenden Bürgertum geteilt. Die hier vollzogene Versöhnung aller Interessengegensätze durch Rationalisierung hat nur an einer Stelle einen Pferdefuß: die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß bleibt weitgehend unberücksichtigt, sowohl theoretisch wie auch praktisch. „In den Streikstatistiken der JAHRBÜCHER des ADGB

50 Vgl. W. Wobbe, a. a. O., S. 96

51 W. Eggert, Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927 (Referat auf der Betriebsrätekongferenz des ADGB), S. 24; vgl. auch Wobbe, a. a. O. S. 93 ff.

52 E. Schalldach, a. a. O., S. 22/23

53 Vgl. ebda., S. 25/26. K. M. Wrede faßt in seinem Aufsatz „Produktivität und Distribution im Lichte der deutschen gewerkschaftlichen Lehrmeinungen 1918 – 1930, Berlin 1960 die Position noch einmal folgendermaßen zusammen: „Die Hebung der allgemeinen Lohnrate bleibt die erste Aufgabe der Lohnpolitik auch der Nachkriegszeit. Sie ist ... in der Hauptsache von der Hebung der volkswirtschaftlichen Produktivität abhängig, für die Arbeiter ergibt sich daraus in ihrem eigenen Interesse die Notwendigkeit zur Mitwirkung an der Hebung der technischen Produktivität der Arbeit. Die Produktivitätssteigerung wirkt sich in einem Mehr an Produkten aus, welches der Gesamtheit der Verbraucher zur Verfügung steht.“

54 K. Marx, Theorien über den Mehrwert, III, S. 49

findet sich kein Hinweis auf Bewegungen gegen betriebliche Rationalisierung“, der „ ‚Verzweiflungsstimmung‘ über die Rationalisierungsfolgen in der Arbeiterschaft trat der ADGB beruhigend gegenüber“ (55). „Es muß erwähnt werden, daß sich immerhin einige sehr erschütternde Anklagen gegen die Mechanisierung der Arbeit im rationalisierten Betrieb in der Presse der Metallarbeiter finden, wenn sie auch als Ausnahmen zu betrachten sind“ (56).

Könnte man noch annehmen, diese illusorische Harmonisierung der relativen Mehrwertproduktion entspringe der spezifischen politischen Transformation der Sozialdemokratie gerade in Deutschland zur staatstragenden Kraft in der Novemberrevolution, so macht zumindest stutzig, daß auf internationaler Ebene von Gewerkschaftsseite auch wenig anderes zu hören ist (57). Der ‚Bund der Industrieangestellten Österreichs‘ nennt in seiner Rationalisierungsanalyse auch besonders klar den Kernpunkt und die Ursache dieser Position: „Hat die gesamte Arbeitnehmerschaft ein Interesse daran, die Produktivkraft der kapitalistischen Unternehmen durch Förderung der Rationalisierungsbewegung zu stärken? Heißt dies nicht, die Herrschaft des Kapitalismus, unter der die Arbeitnehmer leiden, stärken? Soll nicht eher die Rationalisierungsbewegung ... gehemmt werden?“ Die Antwort lautet: „Um eine solche Politik zu empfehlen, ist die Gesamtwirtschaft noch viel zu arm. So lange alle Berufstätigen bei gleicher Entlohnung und einer 48-stündigen Wochenarbeitszeit nur einen Stundenlohn von 71 Groschen hätten, so lange muß die Vergrößerung des Wirtschaftsertrages durch Rationalisierung angestrebt werden, wenn auch dafür schwere Opfer und Gefahren für die soziale Klassenlage in Kauf genommen werden müssen ... Wäre die Menschheit schon so weit entwickelt, daß der Kampf um's Dasein dem Ringen um ein besseres Kulturdasein gewichen wäre, dann allerdings müßte man davon abraten, eine privatwirtschaftliche Rationalisierungsbewegung zu stärken.“ (58)

Solch kritische Fragen werden allerdings vom sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung selten gestellt. Im großen und ganzen erscheint ihm die Rationa-

55 A. Hoff, a. a. O., S. 85/86

56 E. Schalldach, a. a. O., S. 137

57 So verabschiedet der 10. österreichische Gewerkschaftskongress in Wien im Juni 1928 folgendes: „Die Arbeiterschaft anerkennt das Bestreben, den Bedarf der Wirtschaft und das Leben der Völker mit möglichst wenig Arbeitsaufwand gut und reichlich in kürzerer Zeit zu decken. Sie lehnt es aber ab, anzuerkennen, daß die Rationalisierung eine privatwirtschaftliche Angelegenheit der Unternehmer ist, die lediglich zur Steigerung des Ertrages der Betriebe ausgenützt werden kann. Die Arbeiterschaft erkennt in der Rationalisierung eine volkswirtschaftliche Angelegenheit. Sie erwartet von ihr eine Besserung der Lebenshaltung, sei es in Form verbilligter Produkte oder Steigerung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit.“ Dokumentiert in: Bund der Industrieangestellten Österreichs (Hrsg.), Grundlagen und Richtlinien gewerkschaftlicher Rationalisierungspolitik, Wien 1929, S. 549. Gleiche Positionen finden sich in den innerhalb des Buches zitierten Leitsätzen des französischen Gewerkschaftsbundes zur Rationalisierungspraxis von 1928 und in einer Resolution der englischen Konferenz über industrielle Reorganisation der Arbeitsbeziehungen, und zwar S. 548 und 544.

58 Ebda., S. 359/60. An anderer Stelle der Analyse wird darauf verwiesen, daß eine Vollaustattung der Kapazitäten das Verteilungsergebnis noch verbessern könne. Daraus wird die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen gefolgert. Vgl. ebda. S. 153, S. 191 bis 196

lisierung als die historische Möglichkeit und materielle Grundlage zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, wobei das Kapital aus sich heraus für unfähig erklärt wird, eine weitere Produktivkraftsentwicklung wirklich durchzusetzen. Die Bornierung der Einzelkapitalisten verweist diese auf die Lohnsenkung. Die Arbeiterbewegung als Vertreterin des Allgemeininteresses hat demgegenüber als die *fortschrittliche Gesellschaftsklasse*, also nicht nur als Vertreterin von Partialinteressen, die historische Aufgabe, dem Kapital die Möglichkeiten weiteren Wachstums durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung aufzuzwingen. Im Bewußtsein der Sozialdemokratie tritt die Arbeiterbewegung quasi an die Stelle des einmal fortschrittlichen Bürgertums und zwingt die Bourgeoisie zur weiteren Entfaltung der Produktivkräfte. Nicht nur der rechts stehende Tarnow, sondern auch der Bund der Industrieangestellten Österreichs meint, „nichtsdestoweniger bemerkt man überall, daß in zunehmendem Maße die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, nämlich die Beseitigung der Unterkonsumtion und der Überkapitalisierung als wichtigeres Argument für Lohnbewegungen erklärt wird, als alle anderen Argumente zusammen.“ (59) In der partiellen Übernahme der Kategorien der bürgerlichen Ökonomie, die schließlich vom Bürgertum als einer fortschrittlichen Klasse entwickelt wurden, kommt zum Ausdruck, daß die reformistische Arbeiterbewegung sich selbst in der Rolle des eigentlichen Trägers des gesellschaftlichen Fortschritts sieht. In der Aneignung des Begriffs der Rationalisierung als vernünftigen Wirtschaften, eine Aneignung, die auch noch den Begriff der Fehlrationalisierung prägt, wird dies unter anderem deutlich. Rationalisierung ist danach die „praktische Anwendung technischer Errungenschaften und betriebsorganisatorischer Erkenntnisse im Arbeitsprozeß ... dieser Tatendrang des menschlichen Geistes, Werkzeuge, Geräte, Maschinen zu ersinnen, die Natur zu erforschen, ihre Kräfte zu bändigen und alles in den Dienst des wirtschaftlichen Aufstiegs zu stellen, äußert sich mehr oder weniger in jedem Zeitabschnitt der Geschichte.“ (60) So erstaunt es auch nicht, daß die Vertreter der bürgerlichen Klasse in ihren Theorien durchaus kritischer gegenüber dem von ihnen erzeugten Fortschritt sich verhielten. Man denke nur an den ambivalenten Begriff Rationalität bei Max Weber, der zwischen formeller und materialer Rationalität unterscheidet und dem Kapitalismus wesentlich durch die formelle Rationalität, die rechenhafte Rationalität bestimmt sieht, implizierend sämtliche Gefahren der Bürokratisierung. Der reformistische Flügel der Arbeiterbewegung begründet seine – um ein heute wieder modernes Wort zu nehmen – Hegemonie wie gezeigt ökonomisch aus der volkswirtschaftlichen Funktion der Löhne, d.h. aus den konsumtiven Bedürfnissen der Arbeiter. „Allein die Organisationen der Arbeiterschaft (seien) in der Lage, das gesellschaftliche Gesamtinteresse wahrnehmen zu können.“ (61) „Die Gewerkschaften begriffen sich ... als Vertreter des allgemeinen Interesses. Sie machten so in der auch praktischen Zusammenarbeit mit den Unternehmerverbänden nicht allein den Standpunkt der Lohnarbeiterklasse geltend und

59 Ebd., S. 196

60 Eggert, zitiert bei Schalldach, a. a. O., S. 17

61 Wobbe, a. a. O., S. 114

wandten sich zugleich gegen das rücksichtslose Streben des Unternehmertums, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten“ (62).

Man hofft in der Lage zu sein, durch schrittweise Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, der Beteiligung von Betriebsräten und Gewerkschaften an den Entscheidungsprozessen, das vom Kapital begonnene Werk der Rationalisierung zu Ende zu führen, die noch bestehende Anarchie des Marktes als Restbestand gesellschaftlicher Unvernunft zu beseitigen. „Die Rationalisierung der Betriebe erfordert die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung“, schreibt Otto Bauer (63). Und die Kritik, die ADGB und Sozialdemokratie zu Ende der 20er Jahre an der kapitalistischen Rationalisierung entwickeln, bis hin zur sozialdemokratischen Interpretation der Weltwirtschaftskrise, wirft dem Kapital vor allem vor, es habe – zu seinen eigenen Ungunsten – eben nicht den Ratschlag der Arbeiterbewegung, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Preise zu senken, befolgt und stecke deshalb nun in der Krise (64).

Worauf Gewerkschaften und Sozialdemokratie stolz gegenüber dem Kapital sind, nämlich nicht nur ein Partial-, sondern ein Gesamtinteresse zu vertreten, dies gerade wirft ihnen die kommunistische Partei vor: das Vergessen des Klassegegensatzes und des Klassenkampfes. „Es gibt keinen gemeinsamen Standpunkt für die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft“ (65). Die KPD hält den Gewerkschaften und der SPD entgegen, von einem gemeinsamen Produktionsinteresse oder einem gemeinsamen Interesse der beiden zusammengefaßten Klassen an höheren Löhnen könne nicht die Rede sein. Das Interesse der Arbeiter an sicherem Arbeitsplatz, höheren Löhnen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen stehe in unveröhnlichem Gegensatz zum Interesse des Kapitals an Steigerung der Produktivität. „Die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit hält nicht auf, sondern im Gegenteil beschleunigt die Verelendung der Arbeiterklasse“ (66). David sucht dies in seinem Buche ‚Der Bankrott des Reformismus‘ an einer Fülle von Zahlen zu belegen. In der Niedergangsepoche des Kapitalismus bringe Rationalisierung nichts anderes als Arbeitslosigkeit und Arbeitsintensivierung.

So richtig und historisch bewiesen die Kritik der kommunistischen Partei an der illusionären Position zur Rationalisierung gegenüber der Sozialdemokratie war, so wird das ganze Dilemma dieser Position doch z.B. an folgendem Gedankengang deutlich: „Die Organe des Proletariats“ (Betriebsräte und Gewerkschaften) „können sich nicht zur Aufgabe machen, überall den technischen Fortschritt ... zu bekämpfen ... also wird die Arbeiterschaft, wie Lenin sagt, diese kapitalistische Entwicklung zwar nicht fördern, ... sondern sie bekämpfen, aber mit dem Ziel, über

62 Hoff, a. a. O., S. 75

63 O. Bauer, Kapitalismus und Sozialismus nach dem 1. Weltkrieg, 1. Bd. Rationalisierung – Fehlrationalisierung, Wien 1931, S. 226

64 Vgl. dazu Protokoll des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1928, und: Tarnow, Die Produktivitätsfrage im Kapitalismus, in: Die Arbeit 1932, S. 521 ff. etc. etc. etc.

65 F. David, Der Bankrott ..., a. a. O., S. 182/183

66 Eugen Varga, Die Krise der kapitalistischen Rationalisierung, in: ders.: Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt/Main 1969, S. 57

diese hinauszutreiben.“ (67) Ja was nun? Bekämpfen oder nicht bekämpfen?

Der Kommunist Losowski macht in seiner Kritik an Parolen der KPD wie „Nieder mit der Rationalisierung“ einen Vermittlungsvorschlag. „Unser Programm spricht sich weder gegen die Einführung neuer Maschinen noch gegen irgendwelche Arten der Vervollkommnung der Technik oder gegen die Hebung der Produktivität der Arbeit in den Betrieben aus. Unser Programm hat die Aufgabe, die lebendige Arbeitskraft gegen die fortwährende Steigerung der Anspannung und der Intensität der Arbeitskraft, gegen den vorzeitigen Verbrauch der Arbeiter und gegen alle jene Formen und Methoden der Ausbeutung in Schutz zu nehmen, die fortwährend auf Kosten der Arbeiter eingeführt werden.“ (68) Damit ist er aber auf einer Position angelangt, die derjenigen der Sozialdemokratie und des ADGB nicht so unähnlich ist, wenigstens was die Theorie angeht, und praktisch war auch die KP nicht in der Lage, gegen die Rationalisierungsfolgen zu kämpfen, da sie ja wesentlich eine Partei der Arbeitslosen war und in den Betrieben kaum mehr existent. So heißt es im Gewerkschaftsarchiv 1928: „Die technische Vernunft ist in ihrem Wesen nicht kapitalistisch. ... Die technische Vernunft in ihrer unverdorbenen Gestalt verwirft den Raubbau der Arbeitskraft.“ (69) Elisabeth Schalldach verweist auf die Position Ermanskis: „Er ist Wissenschaftler und Kommunist und kann nicht als ein Meinungsvertreter der Freien Gewerkschaften angesehen werden. Doch knüpfen an seine Grundgedanken die frei-gewerkschaftlichen Kritiker ihre Beurteilungen zum großen Teil an ... Ermanski geht davon aus, daß die Vervollkommnung der Organisation der Arbeit und der Sachmittel zum Ziel haben kann die Erreichung eines optimalen oder-eines maximalen Effekts. Diejenige Betriebsorganisation bezeichnet Ermanski als die vom wissenschaftlichen Standpunkt rationelle, die sich um die Ermittlung der maximalen Höhe von

R (Resultat)

$$\frac{E \text{ (menschlicher Energieaufwand) bzw. } S \text{ (Sachaufwand)}}{m \text{ (Produktionsergebnis)}}$$

berühmt“ (70). Der Mensch also als Energieträger oder erinnern wir uns: „abstrakte Arbeit“, „Arbeit überhaupt“, „Arbeit sans phrase“, „die auf die reine Abstraktion reduzierte Arbeit“. Steht nicht auch dieser Formel auf der Stirn geschrieben, daß sie einer Gesellschaftsformation angehört, worin der Produktionsprozeß den Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß beherrscht? „Im sozialistischen Zukunftsstaat soll die wissenschaftliche Betriebsorganisation, nicht das Taylor-System verwirklicht“ werden, „da das Taylor-System den menschlichen Energieaufwand übermäßig steigern“ und m dann sinke (70). Produktivitätserhöhung durch Anwendung der Arbeitswissenschaften ja, Intensivierung der Arbeit nein. Die gleiche Argu-

67 H. Weiss, Arbeiterklasse und Rationalisierung, Berlin 1926, S. 57

68 A. Losowski, Vertrustung, Rationalisierung und unsere Aufgaben in: Die Kommunistische Internationale, Heft 10/11, November 1926, S. 498, vgl. dazu Hinrichs/Peter, a. a. O., S. 102. Zuvor noch zu David, Der Bankrott des Reformismus, S. 187: „In der Niedergangszeit des Kapitalismus ist jede Rationalisierungsmaßnahme eine Maßnahme gegen die Arbeiterschaft auch der führenden kapitalistischen Länder.“

69 Zitiert bei E. Schalldach, a. a. O., S. 6 ff.

70 Vgl. Ebda., S. 36

mentation finden wir in Otto Bauers von der kommunistischen Partei heftig bekämpftem Werk. „Der Unternehmer intensiviert den Arbeitsprozeß. Die Intensivierung senkt die Produktionskosten. Dies wird allerdings damit bezahlt, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter früher zu sinken beginnt ... Interessiert den einzelnen Unternehmer die Leistung des Arbeiters nur so lange, als er den Arbeiter verwendet, so ist die Gesellschaft an der Leistung des Arbeiters während seiner ganzen Lebensdauer interessiert.“ (71) Nach Bauer fällt Arbeitsintensivierung demgemäß unter die Kategorie Fehlrationalisierung.

Was läßt sich folgern? Dort wo Sozialdemokraten und Kommunisten vom Radikalismus ihrer tagespolitischen Stellungnahmen einmal absehen, ein Radikalismus, der sich etwa in Parolen wie „Kampf dem rückständigen deutschen Unternehmertum“ auf der einen, „Nieder mit der Rationalisierung“ auf der anderen Seite ausdrückt und gründlichere Betrachtungen anstellen, kommen sie gleichermaßen auf den Punkt, daß die unmittelbare Arbeit, die Arbeitszeit, nach wie vor den Grad des gesellschaftlichen Reichtums bestimmt. Mit dem Menschen als Energieträger soll ökonomisch umgegangen werden zum Wohle der Gesellschaft. Die Österreichische Angestelltengewerkschaft spricht von „Gewerkschaften als menschenökonomischen Kartellen“, alle arbeitsschutzpolitischen Forderungen fallen für sie unter den Begriff bzw. unter das Begriffsungeheuer „Menschenökonomiepolitik“. Der ADGBler Woldt schreibt: „Unsere Aufgabe besteht darin ... den Arbeiter sozial zu sichern ... Die Synthese zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und sozialer Menschenökonomie muß gefunden werden.“ (72) Nach Schalldach wurde diese Formulierung auch in den Entwurf der Richtlinien eines neuen Parteiprogramms der SPD aufgenommen. Schenken wir dem linkssozialistischen Theoretiker des Bündnisses zwischen KPD und sozialistischer Partei in Frankreich, Chevènement, Glauben, so wären wir damit direkt beim Stalinismus angelangt. Unter der Überschrift „Stalinismus und Ökonomismus“ finden wir folgendes: „Stalin sagte ‚der Mensch ist das kostbarste Kapital‘, das ist eine Definition, die mehr dem Kapitalismus als dem Sozialismus entspricht. Das ist der eingestandene Triumph des Ökonomismus. Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, Militarisierung in der Wirtschaft, Organisation der Arbeit nach kapitalistischem Muster, ein Produktivismus, der darauf aus ist, das Niveau der Pro-

71 O. Bauer, a. a. O., S. 178; vgl. auch Preller, Rationalisierung und Arbeitskraftverbrauch in: Theodor Leiphart, Im Auftrag des ADGB, Hrgg., Die 40-Stunden-Woche, Berlin 1931, S. 116; dort heißt es: „Die Anwendung der objektiv-wissenschaftlichen Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft auf den Arbeits- und Produktionsprozeß liegt im Interesse der Arbeitnehmerschaft selbst; sie ist geeignet, zu einer Erleichterung der Arbeit unter gleichzeitig höchstem ökonomischen Nutzeffekt der Arbeit zu führen. Voraussetzung hierfür ist jedoch ihre Anwendung vom gesellschaftswirtschaftlichen Standpunkt optimaler Verwertung der Arbeitsfähigkeit – gesehen von der Lebensdauer des Arbeitnehmers –, nicht vom privatwirtschaftlichen Standpunkt der maximalen Auswertung der Arbeitskraft – gesehen von der begrenzten Zugehörigkeit eines Arbeitnehmers zum Betrieb.“ Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch folgender Satz aus der Zeitschrift ‚Die Arbeit‘ (1925), S. 683. Es bestehe die Tendenz, „daß schlechthin die Arbeit als Beruf des Menschen zur Anerkennung kommt.“

72 Zitiert bei Schalldach, a. a. O., S. 49

duktivkräfte im Westen einzuholen und zu überholen.“ Und dieser ‚Ökonomismus‘ verweist ihn auf die Frage nach „insbesondere der Geschichte der UdSSR“ (73). In dieser Stellung zum Arbeiterindividuum von seiten des kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung sieht Chevènement wohl eine wichtige Ursache der Spaltung. Aber wenn selbst die differenziertesten und kritischsten Köpfe der Sozialdemokratie wie Otto Bauer auf schlicht nichts anderes als „Menschenökonomie“ kommen, sobald sie sich eine vernünftige Gesellschaft vorstellen, vielleicht lag es dann doch nicht nur am „besonderen Wesen der Oktoberrevolution“ (74), daß Stalin schlicht auf den gleichen Begriff kam. Schließlich irrt Chevènement, wenn er dem Kapitalismus unterschiebt, für ihn sei der „Mensch das kostbarste Kapital“. Der Begriff von Menschlichkeit, den die Sozialdemokratie zu entwickeln vermag, reicht – wenigstens was die Vorstellung vom Produktionsprozeß angeht – nicht näher und nicht weiter als der, der in der UdSSR als Ziel vorgestellt wurde. Das Recht durchzusetzen, bis zu seinem Alter ohne Gesundheitsschädigungen arbeiten zu können, gesichert durch Arbeitsschutzmaßnahmen in der Produktion und Befriedigung der Grundbedürfnisse in der Konsumtion. Weder die Sozialdemokratie noch die Bolschewiki konnten dies in der Realität erzwingen. Die ‚Entwicklung des reichen gesellschaftlichen Individuums‘ stand wenigstens schein’ts nicht zur Diskussion.

VII. Der ‚Mensch‘ als irrationale Restkategorie – Manipulationsmasse faschistischer Ideologie?

Unsere These war: Selbst durch Veränderung der Verteilungsverhältnisse und Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen – unabhängig von kapitalistischer Verschwendung – wäre eine menschenwürdige Befriedigung der Grundbedürfnisse auf dem damaligen Stand der Produktivkraftentwicklung noch nicht so weit garantiert gewesen, daß das von Marx entwickelte Endziel der sozialistischen Revolution hätte in Angriff genommen werden können. Weiterhin ist gezeigt worden, daß in der Rätebewegung die Arbeiterbewegung eine erste Vorstellung des gesellschaftlichen Individuums hervorgebracht hat und zwar in Kritik auch der alten Berufsorientierung der Handwerker, des bornierten Charakters der Berufsgewerkschaften, der Unbewußtheit der einfach revoltierenden Massen, nämlich die Kategorie des moralischen Individuums als Teil der Klasse, des Klassensubjekts, welches sich zur Kontrolle des Produktionsprozesses befähigt. Allerdings war diese Kontrolle des Produktionsprozesses auch der wesentliche Kern der Vergesellschaftungsvorstellung, eine Versöhnung von Individuum und Produktivkraftentwicklung im Prozeß der täglichen Produktion und Reproduktion war demgegenüber nicht entwickelt, eine Vorstellung von gesellschaftlichem Individuum in dieser Richtung konnte nicht herausgearbeitet werden (75).

73 J.-P. Chevènement, a. a. O., S. 107

74 Ebda.

75 Wenn Klaus Theweleit in seinem Buch „Männerphantasien“, Ffm 1977, welches von einer anderen Seite her das Problem des bedürftigen Individuums zu formulieren sucht, auf die spezifische Fassung des Verhältnisses von objektiv und subjektiv in der tradierten,

Doch soll im folgenden noch einmal genauer anhand der Stellung der Arbeiterbewegung zu den Arbeitswissenschaften im Zusammenhang der Rationalisierung dieses Problem aufgezeigt werden: es soll auch gefragt werden, welche Folgen das hat, welche Möglichkeiten gesellschaftlicher Irrationalitäten hier impliziert sind.

Hauptinhalt der Arbeitswissenschaft ist der Mensch als „Objekt“, als zu erforschende Natur, deren physische und psychische Gesetzmäßigkeiten durch Wissenschaft dem Bewußtsein der Menschengattung angeeignet werden, darin eingeschlossen die Enteignung des einzelnen. Enteignung und Aneignung erfolgt unter kapitalistischen Bedingungen, unter Bedingungen der Klassenteilung. Als Wissenschaft ist die Arbeitswissenschaft Instrument dieser Enteignung und Aneignung, der Mensch erscheint hier als Naturobjekt und nur soweit von Interesse, als Beherrschung der Menschennatur Produktivkraftsteigerung und Ersetzung der menschlichen Arbeit durch Maschinerie ermöglicht. Alles andere ist irrationale Restgröße und allenfalls Manipulationsmasse für reaktionäre Ideologien und Praktiken. Quantifizierung, Messung, Entdecken von Regeln. Dieser Prozeß der Enteignung erfolgt unter der gesellschaftlichen Form der Herrschaft von Menschen über Menschen. Forscher und erforschtes Naturterrain, Subjekt und Objekt stehen sich im Kapitalismus als gesellschaftliche Klassen gegenüber. Die historische Form der kapitalistischen Klassenherrschaft ist also die gesellschaftliche Form, in der dieser Enteignungs- und Aneignungsprozeß der Naturgesetze der menschlichen Arbeit durch die Menschengattung erfolgt. Wenigstens in den kapitalistischen Ländern. Dem Prozeß ist die Reduktion des Menschen auf seine Arbeitsfähigkeit vorausgesetzt. D.h. natürlich nicht, daß dieser Prozeß nicht auch in anderen gesellschaftlichen Formen erfolgen könnte, die darin eingeschlossenen Probleme für eine sozialistische Entwicklung müßten an der Entwicklung in den gegenwärtigen sozialistischen Ländern untersucht werden. Beherrschung von Teilen der Menschennatur als Moment der Produktivkraftentwicklung, als Voraussetzung -- nach Entdeckung der mechanischen Gesetze -- Arbeit durch Maschinerie abzulösen, darum geht es. Um menschliche Arbeit durch Maschinerie voll ersetzen zu können, muß sie simuliert werden können, um sie simulieren zu können, müssen ihre Regeln erkannt sein. Die Fabrik ist selbst das Laboratorium. Marx ging wohl davon aus, daß es sich hier um einen für die Beendigung der Vorgeschichte der Menschheit notwendigen und allerdings auch qualvollen Prozeß handelt. Und die Schranke, auf welche die gesamte Arbeiterbewegung in den 20er Jahren stößt, sich eine alternative Form der Produktivkraftentwicklung, alternativ zu diesem Enteignungsprozeß, vorzustellen, ihre Reduktion auf eine politische Bewegung, auf eine Bewegung um die Macht zur Einschränkung der Klassenmacht der Bourgeoisie, ihre Schwierigkeiten, Konzepte sozialer Emanzipation, die den Bereich der Produktion umfassen, zu entwickeln, all dies verweist auf die Frage, ob es sich

orthodox-kommunistischen Theorie zu sprechen kommt, so skizziert er in gewisser Weise den Niederschlag dieser historischen Schranke in den Denkformen, wenn auch denunziativ, weil er sich der Bedingungen nicht bewußt ist: „In seiner vulgärsten (verbreitetsten) Form nennt dieses Denken objektiv-rational-real alles, was mit der gesellschaftlichen Produktion zusammenhängt und subjektiv-irrational-irreal alles, was bloß beim Menschen, im ‚psychischen‘ erscheint und den Sieg der Rationalität des wieder ‚objektiven‘ Prozesses behindert, der nun einmal zum Sozialismus drängt.“ (Ebda., S. 274)

hier nicht in der Tat um einen notwendigen Schritt in der historischen Entwicklung der Produktion handelt. Es ist nicht vorstellbar, daß, wenn anderes zu denken möglich gewesen wäre, es nicht zumindest im Moment der Revolution nach dem ersten Weltkrieg in der Arbeiterbewegung gedacht worden wäre. Allein das Versagen der Phantasie, allein mangelnde theoretische Reflexionsfähigkeit kann es wenigstens wohl nicht gewesen sein, die das Denken von Alternativen in den Konzeptionen und Theorien, die in die politische Praxis der Arbeiterbewegung eingebunden waren, verhindert hat.

Obwohl z.B. Otto Bauer feststellt, die Rationalisierung „verurteile die Massen zu Arbeiten, die persönlicher Initiative, persönlicher Phantasie ... keine ... Betätigungsmöglichkeiten bieten ... und (daß) die ‚Sehnsucht nach größerem Erleben‘, nach dem Wagnis, nach dem Abenteuer“ die einen in den „Faschismus, die anderen dem Bolschewismus“ zutriebe, obwohl er also in der Deformation der Individuen eine entscheidende politische Gefahr sieht, geht er doch von der Naturnotwendigkeit dieses Prozesses aus: Nicht in dieser Degradierung, sondern in der „niedrigen Lebenshaltung“ sieht er den schreienden Widerspruch zu der auf das höchste gesteigerten Produktivität der Arbeit“ (76). Also auch hier wieder das Problem der Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums auf Kosten der Befriedigung der Grundbedürfnisse.

Elisabeth Schalldach verweist darauf, daß die Gewerkschaften den „Bestrebungen der Psychotechnik durchaus wohlwollend“ (77) gegenüberstanden. Die Psychotechnik richtete ihr Interesse darauf, „ein subtiles System der ‚Berufsauslese‘ und ‚Eignungswahl‘ zu entwickeln, um auf diese Weise ‚den richtigen Mann auf den richtigen Platz‘ zu setzen.“ (78) Resultat solcher Psychotechnik z.B. ist, daß Frauen, wie noch heute von den Arbeitswissenschaftlichen Lehrstühlen gepredigt wird, für geisttötende Arbeit besonders gut geeignet seien (79). Es handelt sich also um eine Wissenschaft, die das kapitalistische System der Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation auf das glücklichste glaubt harmonisierend zu sehen mit dem von der Natur gelieferten ‚Menschenmaterial‘, um einen Begriff der beginnenden Arbeitswissenschaft zu benutzen. Gerade diese Vorstellung steht aber zutiefst im Widerspruch zur klassischen Theorie der Arbeiterbewegung. Trotzdem, der ADGB hielt große Stücke auf diese Wissenschaft. Schalldach mutmaßt dazu: „Es liegt dies in der dem Sozialismus eigenen Überbewertung wissenschaftlicher Erkenntnisse, insbesondere solcher, die auf Anwendung ... der modernen naturwissenschaftlichen Verfahren auf andere Disziplinen beruht. Das Hauptgewicht wird ja vor allem darauf gelegt, daß die Auslese nicht von der Betriebsleitung ausgeht.“ (80)

Zum einen läßt sich aus der beschriebenen Position folgern, daß die Mystifizierung der kapitalistischen Arbeitsorganisation zur Naturform mit einiger Notwendigkeit darauf verwies, auch die vorgefundene verkrüppelte oder unentfaltete Indi-

76 O. Bauer, a. a. O., S. 225/26

77 E. Schalldach, a. a. O., S. 42

78 Hinrichs/Peter, a. a. O., S. 42/43

79 Vgl. Schulte, Arbeitswissenschaften, Lehrscript an der TU Berlin

80 E. Schalldach, a. a. O., S. 42

vidualität zur Naturbedingung zu mystifizieren, um die Welt wieder in Ordnung zu bringen (81). Eine Vorstellung von der Entfaltung der Subjektivität hätte quergestellt zu den angenommenen objektiven Zwängen des Arbeitsprozesses, der ja wiederum in dieser seiner vorgefundenen Form Basis der Möglichkeit materieller Bedürfnisbefriedigung sein sollte. Kompensation wurde in der Freizeit gesucht. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung waren, wie gesagt, die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften. In der ADGB-Broschüre über „Die 40-Stunden-Woche“ wird davon ausgegangen, daß der Kampf um Arbeitszeitverkürzung verbunden werden müsse mit einer Ausgestaltung der Freizeit durch Sportbewegung, Wanderbewegung, Volksbühnen, Lieder- und Kleingärtnervereine: „Sie sind alles in allem eine Protestbewegung gegen die Vergewaltigung der menschlichen Natur durch die technische Entwicklung. Sie sind Versuche der gequälten Kreatur, dem unausweichlichen Zwang des ‚Fortschritts‘“ (bemerkenswert immerhin, daß hier ‚Fortschritt‘ in Anführungszeichen steht) „der für Millionen die lebendige Einheit von Beruf und Leben zerstört hat, den eingeborenen Willen zu einem sinnhaften Dasein entgegenzusetzen.“ (82)

Aber zum anderen verweist die Bemerkung von Schalldach auch auf das Wissenschaftsverständnis, das sie als spezifisch „sozialistisches“ meint festmachen zu können. Hier öffnet sich eine weitere Dimension des Vernunftbegriffes der Arbeiterbewegung, ein Vernunftbegriff, der sich selbst noch auf alte, durch persönliche Willkür und Abhängigkeit bestimmte Verhältnisse bezieht: Interpretation des Klassengegensatzes als Resultat persönlicher Willkürherrschaft auf der Basis von Privilegien und zum Zwecke persönlichen Vorteils. Genau mit diesen Kategorien war auch die des egoistischen Individuums verknüpft. Die „Unabhängigkeit von der Willkür des alten Meisters“ durch Einführung des Refasystems der Zeitaufnahme wird gerühmt (83). Die Arbeitswissenschaft erscheint als „neutrales Gebiet und gemeinsamer Boden“ für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (84). „Je weiter die Rationalisierung, die ‚wissenschaftliche Betriebsführung‘ fortschreitet, desto mehr versieht die industrielle Bürokratie ihre Arbeit aufgrund fester Normen, exakter Rechnung, objektiver Maßstäbe, lehrbarer und lernbarer Regeln.“ Das Management betriebe „nur pflichttreue Anwendung objektiver Normen ... die Leitung der Produktion ist an eine industrielle Bürokratie übergegangen, die im Dienste des sozialistischen Gemeinwesens

81 Vgl. dazu auch A. Hoff, a. a. O., S. 103: „So entdeckten die Gewerkschaften, daß die Arbeiterklasse ein recht differenziertes Gebilde ist.“ Nach Hoff fand man einen schöpferischen Teil, eine mittlere Gruppe und eine Gruppe, die mechanische Arbeit will. Vgl. auch R. Seidel. Die Rationalisierung des Arbeitsverhältnisses, 1926, dokumentiert in: Hinrichs/Peter, S. 243-251.

82 Th. Leipart, Die 40-Stunden-Woche, a.a.O., S. 126-128. Bemerkenswert übrigens auch, daß dort schon auf die in der Bildungsreformkonzeption der SPD der 60er Jahre entwickelte Hoffnung verwiesen wird, der Prozeß schneller technologischer Änderung erfordere „eine Zunahme des wirtschaftlich-technischen Wissens, welches sich der Arbeiter in der erkämpften Freizeit anzueignen habe. Vgl. zum Gesamtzusammenhang auch A. Hoff, S. 111-122. Vgl. auch Eggert, a. a. O., S. 26 „Die Verkürzung der Arbeitszeit ist das einzige Mittel das schöpferischen Ersatz gibt für die wesenslos gewordene Arbeit.“

83 E. Schalldach, a. a. O., S. 45

84 Zitiert bei E. Schalldach, S. 44

dustrielle Bürokratie übergegangen, die im Dienste des sozialistischen Gemeinwesens genauso effektiv arbeiten kann, wie im Dienste einer Gesellschaft kapitalistischer Aktionäre.“ (85) Mit der Rationalisierung entwickelte sich eine „nüchterne, positivistische, relativistische Denkweise, ein Denken in Wirkungsgraden ...“. „Die Stimme der Leidenschaft“ werde „nüchterner Berechnung unterstellt, die jede soziale Umgestaltung mit den geringstmöglichen Opfern ... und erst dann und in dem Maße“ vornehme, „wenn und so weit die Mehrheit des Volkes ... für sie gewonnen ist, in dieser Denkweise wurzelt die moderne Demokratie.“ (86) Was ist also nach Otto Bauer, den wir eben zitiert haben, vernünftig? Denken in Wirkungsgraden, feste Normen, exakte Rechnung, objektiver Maßstab, lehrbare und lernbare Regeln, objektive Normen, nüchterne Berechnung, nüchterne Denkweise selbst ist die Grundlage der *Demokratie*. Und wo liegen Quellen aber auch Inhalte von Unvernunft: Verlust von persönlicher Initiative, persönlicher Phantasie, Sehnsucht nach Wagnis, Abenteuer, Erleben und dies als Grundlage von *Faschismus* resp. *Bolschewismus*.

Stellen wir dem vergleichend Texte aus der Weimarer Republik von Götz Briefs und Johannes Riedel gegenüber, Texte, die als arbeitswissenschaftliche in dem Buch von Hinrichs/Peter veröffentlicht sind und suchen wir nach den entsprechenden Begriffspaaren: wie sieht die Sache von Seiten des Bürgertums aus? Vernunft wird als Prinzip der kapitalistischen Wertrechnung bezeichnet. Was fällt darunter: Entlastung von produktiven Denkleistungen zugunsten reproduktiver Arbeitsleistung; Entlastung der eigentlichen Arbeitsfunktion von allen äußeren Hemmungen; die für den Betriebszweck geeignetste Arbeit, die gute, unsperrige, die leicht ein- und ausschaltbare, die anpassungsfähige, die Arbeit ohne störende Begleiterscheinungen, die ideale Arbeit; Arbeit muß auf Verrechnungs- und rechenmäßige Vergleichsbasis gestellt werden können; Zeitalter der Rechenhaftigkeit, messen, rationalisieren, kontrollieren.

Und wo sieht das Einzelkapital Probleme? Diese Bestrebungen des Kapitals stoßen „auf die Tatsache, daß die Arbeit menschlich inkorporiert ist“; komplexe Kreativität des Menschen; Erfüllung seines Menschsein; Idee des Menschseins; Arbeit ist auch eine natürliche Lebensäußerung; Individualität; unteilbare Ganzheit; Erleben; eigentümliche, jedenfalls aber nicht mechanische Gesetzmäßigkeit; hier stehen wir im Bannkreis eines sozial-ethischen Problems; geheimes dumpfes Grollen unter dem Boden der Betriebe; eine über den Betrieben liegende gewittrige Atmosphäre; irrationale Seelenschichten im Menschen; Geistseele des Arbeiters (87).

„Nach der Leitidee des vollkommensten Betriebsstoffes formuliert sich das unternehmerische bzw. technische Ideal von der Arbeit“ ... „Überall wo die lebendige Arbeit ausgeschaltet wird, wo die Maschine oder ein Betriebsstoff die Leistung verrichten kann“, wird der Mensch ersetzt (88).

85 O. Bauer, a. a. O., S. 211

86 Ebda.

87 Die Begriffe und Sätze sind entnommen aus: Goetz Briefs, Rationalisierung der Arbeit, in einer Veröffentlichung der Industrie- und Handelskammer 1928, dokumentiert bei Hinrichs/Peter, a. a. O., S. 131-147; und J. Riedel, Wissenschaftliche Betriebsführung als Lösungsversuch des Arbeitsproblems, 1925, dokumentiert in: ebda., S. 199-207.

88 Goetz Briefs, a. a. O., S. 134

Daß die Arbeit im Menschen inkorporiert ist, dies ist also das Problem. Der ‚Mensch als Ganzes‘ erscheint als störende Restgröße und Quelle von Irrationalität, steht quer zur rationellen Entwicklung der Produktivkräfte, und selbst der auf seine Arbeitskraft reduzierte Mensch erscheint als höchst unvollkommenes Produktionsinstrument gegenüber der Maschine, er ist quasi schlechter als die Maschine selbst. Da die Entwicklung der Produktivität Inhalt des legitimierten gesellschaftlichen Vernunftsbegriffs ist, nämlich als einzelbetriebliche Rationalität vom Standpunkt des Kapitals, als gesamtwirtschaftlich vernünftige, möglichst geplante Produktivitätssteigerung von Seiten der Arbeiterbewegung, müssen sowohl dem kalkulierenden Einzelkapital als auch den Organisationen der Arbeiterbewegung, die für die Produktivitätssteigerung unbrauchbaren Bedürfnisse und Fähigkeiten des Arbeiters als ‚irrationale‘ Potenzen bergende Momente erscheinen (89). Dies gilt für die Arbeiterbewegung so lange, als der die Enteignung der Arbeitenden von ihren Fähigkeiten implizierende Produktionsprozeß als notwendige Naturgestalt betrachtet wird, und als auf der anderen Seite keine Vorstellung davon entwickelt ist, wie die vom Kapital unterdrückten Bedürfnisse und Fähigkeiten im Prozeß der gesellschaftlichen Transformation zu politischen Fähigkeiten gewendet werden können.

Von Seiten der kapitalistischen Arbeitswissenschaften wird hier – folgen wir Götz Briefs – ein schier unlösbares Problem gesehen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie reagieren auf die ‚Zerstörung der Einheit von Beruf und Leben‘ mit Kompensationsvorschlägen: Ausdehnung der Freizeit und Entwicklung des Vereinslebens: Seine im Arbeitsprozeß nicht angefragten, ja unterdrückten Bedürfnisse und Fähigkeiten soll der Proletarier in der Freizeit entfalten können. Die sicherlich zunächst naturwüchsige Reaktion des Arbeiterindividuums, in der Vereinsbildung außerhalb der Arbeit partiell Entschädigung zu suchen für die Degradierung in der Arbeit, für die Negation seines Selbstbewußtseins als Produzent und seiner gesellschaftlichen Fähigkeiten (die Maschine ist schließlich besser als er) durch die Festlegung auf bornierte Teilfähigkeiten, bestätigt jedoch zunächst die Unmöglichkeit, sich im Zusammenhang der Produktion als selbstbewußtes gesellschaftliches Individuum zu erfahren und seine Unfähigkeit, dies zu ändern. Wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf Freizeitkompensation setzen, bestätigen sie die Herrschaft des Kapitals über den Produktionsprozeß und dessen Organisation nach den Gesetzen der Kapitalverwertung. Ein Aufgreifen der politischen Potenzen des Widerspruchs ist in diesem Lösungsvorschlag nicht impliziert. Darauf verweist auch die Bemerkung von Otto Bauer, welcher der kommunistischen Fraktion der Arbeiterbewegung implizit anlastet, aus den unterdrückten Bedürfnissen ‚Kapital‘ zu schlagen für das Vorantreiben der revolutionären Bewegung, die ihm als blinde Irrationalität erscheint. Die kommunistische Partei forderte schließlich immerhin den Arbeiter als moralisches und heroisch kämpfendes Individuum für den Klassenkampf mit der Bourgeoisie an. Aber dies sei hier nur angemerkt. Die Frage müßte genauer untersucht werden.

89 Vgl. dazu A. Hoff, a. a. O., S. 92 ff.

Die zweite Lösung, die angeboten wird, ist wesentlich als Idee entwickelt. Als Idee der Wirtschaftsdemokratie. Der Arbeiter soll ‚Liebe zur Arbeit‘ entwickeln, „nicht für den Kapitalisten, sondern für das ganze Volk“ (90), eine Liebe zum Volk, die allerdings auch die KPD beschwört, wenn sie auf die Arbeitsfreude des sowjetischen Arbeiters zu sprechen kommt. Hier sind Momente der Rätebewegung aufgenommen, die davon ausgingen, die Arbeiter würden erst dann wieder ihre Arbeitsmoral entwickeln, wenn sie durch die Kontrolle über den Prozeß sicher seien, daß das Arbeitsergebnis auch in ihrem Interesse verwendet würde. Aber die Vermittlung bleibt außerordentlich abstrakt und auf eine unbestimmte Zukunft gerichtet. An dieser schwachen Stelle setzt dann auch die Verhöhnung der wirtschaftsdemokratischen Versöhnungsversuche durch den belgischen Gewerkschafter und späteren faschistischen Kollaborateur Henrik de Man an. Die propagierte „Ideologie der Tätigkeit für den gesellschaftlichen Nutzen“ habe „die Arbeitsgewohnheiten auch der sozialistischen Arbeitermassen bisher weder negativ noch positiv erheblich beeinflußt“. Die „Gesellschaft“ sei ein „blasser Begriff“. Nur die „unmittelbaren Schicksalsgemeinschaften des Arbeitssaales, des Betriebes, der Gewerkschaft sind wirklichkeitsnahe genug, um gewohnheitsnormierend wirken zu können, und dann sind weniger Erwägungen des Verstandes als vage Gefühle, langsame und unbewußte Übertragungen traditioneller Gefühlsinhalte auf neue konkrete Institutionen ausschlaggebend ... Es geht nicht darum, neue Arbeitsfreuden zu erfinden; es genügt, die Arbeitsfreude aus ihren jetzigen Fesseln zu befreien und den sozialen Zielen einer neuen Führerschaft dienstbar zu machen.“ (91) Und die faschistische Praxis beschreibt Mason analog der Erwägungen von Henrik de Man: „Gerade im Arbeitsalltag sollte die neue Verbundenheit der Betriebsgemeinschaft zum Ausdruck kommen, denn gerade im Betrieb ließen sich – durch Beschränkung der gesellschaftlichen Perspektive auf die Arbeitsvorgänge selber – gemeinsame Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern herausstellen.“ (92) Allerdings scheint der Faschismus im Appell an irrationale Unterordnungsbedürfnisse, von denen Henrik de Man vor allem spricht, in seiner Ideologie der Betriebsgemeinschaft wenig erfolgreich gewesen zu sein, wie bei Mason festgestellt wird. Erfolgreicher war er wohl in der Mobilisierung verdrängter und durch die Verdrängung auch aggressiv gewendeter Bedürfnisse in der Richtung, wie Negt und Kluge in ihrem Buch „Öffentlichkeit und Erfahrung“ darstellen. Sie vertreten die These, der Faschismus habe versucht, die aus dem Begriff gesellschaftlicher Vernunft ausgegrenzten Bedürfnisse für seine Massenmobilisierung zu nutzen,

90 Vgl. dazu auch E. Schalldach, „Der moderne Arbeitsprozeß gibt dem Arbeitenden *unmittelbar* keine Befriedigung wie dem Handwerker das Werk seiner Hände. In dem Bewußtsein, für das Wohl der Gesellschaft zu wirken, soll und kann der Arbeiter seine Berufsfreudigkeit finden. Dieses wird aber gewährleistet durch die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, die letzten Endes zum Ziel hat, die Überleitung auch des Eigentums an den Produktionsmitteln in die Hand der Allgemeinheit. ... Das Bewußtsein, wahrhaft und unmittelbar im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten, soll die Lösung bringen für die schwierigen Probleme der Monotonie“. Ebd., S.92

91 Henrik de Man, Der Kampf um die Arbeitsfreude, in: Hinrichs/Peter, a. a. O., 216/217

92 T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975

als politische Energien für seine imperialistische Politik aufzugreifen (93). Der Faschismus habe den Arbeitern „Selbstvertrauen in die eigene Kraft suggeriert, und zwar mit Hilfe des Rückgriffs auf vergessene geschichtliche Bewältigungsmöglichkeiten: Raub, Gewalt gegenüber anderen Völkern, sich bewähren, die ganze Person einsetzen, den Helden spielen, aber auch eigene Initiative zeigen, praktisch sein, Auswege finden, größere Zusammenhänge rücksichtslos zusammenfassen. Der Nationalsozialismus bringt die Arbeitskraft als ganze technisch wirksam zum Einsatz, die der Kapitalismus nur stückweise verwerten kann“ (94). Diese Aussage kann allerdings allenfalls gelten, sofern man sich auf die anscheinend nicht verdrängten Kriegserinnerungen (im Unterschied zu den verdrängten) deutscher Arbeiter bezieht. Im Produktionsprozeß selbst blieb „die Arbeitskraft als ganzes“ abstrakte Ideologie.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, Erfolg oder Mißerfolg faschistischer Ideologie und Praxis in der deutschen Arbeiterbewegung abzuwägen. Daß der Faschismus an Irrationalität, an Triebe, Affekte, Unbewußtes appellierte und appellieren konnte, im Kern anti-intellektuell war, deutet jedoch auf einen existenten gesellschaftlichen Widerspruch, der nicht allein nur als Klassenwiderspruch beschrieben werden kann, sondern als historisch noch nicht gelöstes und wohl auch noch nicht lösbares Problem: die Ausgrenzung spezifischer Momente der menschlichen Existenz aus dem Begriff gesellschaftlicher Vernunft, so wie ihn auch die Arbeiterbewegung zu fassen in der Lage war.

93 Negt/Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt/M., 1972, S. 177

94 Ebda., S. 281

Gewerkschaftsanalysen in der PROKLA:

Redaktionskollektiv Gewerkschaften:

- Thesen zur Gewerkschaftsanalyse (in PROKLA Nr. 2, 1972)
- Klassenkämpfe in Westeuropa in den 60er Jahren (in PROKLA Nr. 3, 1972)
- Zur Intensifikation der Arbeit in der BRD (in PROKLA Nr. 4 und 5, 1972)
- Kritik der „RGO“ (in PROKLA Nr. 8/9, 1973)
- Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie (in PROKLA Nr. 10, 1973)
- Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftspolitik (in PROKLA Nr. 13, 1974)
- Krise und Arbeitslosigkeit (in PROKLA Nr. 19/20/21, 1975)